

Darmstädter Know-how für Pakistans Neutronenbombe

Verfügt Saddam über atomare Waffen?

Spätestens 1984 war auch bis in höchste Regierungskreise vorgeedrungen: Bundesdeutsche Firmen liefern Waffen, Fabrikanlagen zur Waffenproduktion, chemische Anlagen für Giftgas-Produktion gar, auch für biologische Waffen sowie Bauteile und Know-how für Atomkraftwerke. Kanzler Kohl versprach damals laut „Stern“: „Die Angelegenheit ist mit allen zur Verfügung stehenden Mittel“ zu prüfen“. Der schwunghafte, verdienstreiche Waffenhandel machte den Irak zur viertgrößten Militärmacht auf der Welt und versetzte Saddam Hussein in die Lage, einen internationalen Konflikt heraufzubeschwören: den Golfkrieg. Die ZD versucht einen übergreifenden Einblick in die miesen Geschäfte deutscher Waffenhändler zu geben und Zusammenhänge zwischen Politik und ohnmächtigen Strafverfolgern, denen die gesetzlichen Möglichkeiten fehlen, herzustellen.

März 1988 ging die erschütternde Meldung um die Welt, daß Saddam Hussein Giftgas im kurdischen Halabaja eingesetzt hatte und an einem Tag 5000 Frauen, Kinder und Männer auf qualvolle

Art morden ließ; weitere 5000 überlebten schwer verletzt das Massaker. Das rüttelte die Bundesregierung noch immer nicht auf: Bis heute ist keine humanitäre Hilfe, materielle Entschädigung, ja noch nicht einmal medizinische Versorgung geleistet worden. Medico International plant gegen die Bundesregierung eine Schadenersatzklage für die kurdischen Opfer.

ternehmer nicht davonkommen können. Schätzungen von Steuerhinterziehungen aus diesen Todesgeschäften belaufen sich auf 60 bis 150 Millionen Mark, die auf Schweizer Konten stehen – die Strafbehörden haben von einer Beschlagnahme abgesehen. „Strafvereitelung im Amt“, kommentiert ein ehemaliger BGH Richter. Hippenstiel-Imhausens Strafe im Klartext: Fünf Jahre Haft abzüglich ein Drittel Nachlaß bedeuten 40 Monate Knast und vorher bereits Freigang für den Multimillionär.

Der Redaktion liegen Aufzeichnungen über Telefongespräche vor, in denen Beamte mit den Unternehmern der Firma NTG (Neue Technologien GmbH) aushandeln, wie die Behörden am besten zu umgehen seien.



Ein Darmstädter protestiert gegen den Waffenhandel.

Sie lesen

3

Ankläger in Beweisnöten

Obwohl Staatsanwälte vor allem in Darmstadt, Hanau und Frankfurt tätig wurden und gegen deutsche Lieferanten ermittelten, soll die Firma Karl Kolb GmbH, Lieferant – so die Staatsanwaltschaft – von Komponenten einer Giftgasanlage, noch in jüngster Vergangenheit („Spiegel“) unter Umgehung des Handelsembargos den Irak beliefert haben. Die Staatsanwälte stehen unter Beweisnot: Sie müssen den eindeutigen Nachweis führen, daß es sich nicht um Pflanzenschutz-, sondern um vollständige Giftgasproduktionsanlagen gehandelt hat, und im Irak ist eine Beweissicherung vor Ort wohl kaum mehr möglich. In der BRD fand sich kein Gutachter, erst ein Schweizer Fachmann war bereit, die Unterlagen zu prüfen und dem Nachweis für die Erzeugung von Giftgas in der Anlage zu führen. Die Informationen über einen umfangreichen Waffenhandel zwischen deutschen Firmen und dem Irak wachsen fast täglich: Immer mehr „schmutzige Geschäfte mit dem Tod“ (so SPD Vorsitzender Vogel) werden von der Presse einer schockierten Öffentlichkeit präsentiert. Die schwarze Liste umfaßt inzwischen mehr als 100 Firmen. Darunter auch „Roland“ Flugzeugabwehrraketen von Messerschmitt Bolkow Blohm, die im iranisch-irakischen Krieg dazu führten, daß zahlreiche US-Jagdflugzeuge der iranischen Luftwaffe abgeschossen werden konnten – die gleichen Flugzeuge sind auch jetzt auf amerikanischer Seite im Einsatz.

Knastbruder Multimillionär

Einer der ersten großen Prozesse gegen den Giftgas-Lieferanten Jürgen Hippenstiel-Imhausen hat in Mannheim zu einem bislang unangefochtenen Urteil geführt: Fünf Jahre Haftstrafe handelten Richter und Anwälte noch vor vollständiger Sichtung des Beweismaterials aus. Der Geschäftemacher kann froh sein, denn glimpflicher als durch diese Mausechlei, von der ein ehemaliger BGH Richter erklärt, so ein Urteil würde er aufheben, hätte der verbrecherische Un-

Behinderte Staatsanwälte

Der Justiz und den Kontrollbehörden sind die Hände gebunden. Da kann sich die Staatsanwaltschaft noch so bemühen, mehr als drei Jahre Haft wegen Verstoßes gegen das Außenhandelsgesetz sind meist nicht drin, denn das Kriegswaffenkontrollgesetz tritt nur dann in Kraft, wenn die Waffen oder Waffenbestandteile auch in der entsprechenden Ausfuhrliste genehmigungspflichtiger Waren verzeichnet sind. Stehen sie nicht darin, dann be-

Anstelle eines Bildes von Raketen, Flugzeugen oder anderem wenig informativem Kriegsgerät versucht die ZD eine Berichterstattung über die auf Frieden ausgerichteten Initiativen und den historisch-kulturellen Hintergrund aus der Kriegsregion zu bringen.

fürchten die Staatsanwälte wie in Frankfurt zu Recht, daß dem Staat immense Schadenersatzforderungen (für entgangenen Gewinn aus unanzweifelbar eindeutigen Waffenhandel) ins Haus stehen, wegen dann juristisch „falscher Anschuldigungen“. Die Strafverfolger sind entsprechend vorsichtig.

Atombombe in Pakistan und Indien

Die Staatsanwälte stehen jedoch an letzter Stelle. Zuerst hat das „Bundesamt für Wirtschaft“ in Eschborn bei Frankfurt zu prüfen – ohne Fachleute, ohne gesetzliche Kontrollbefugnisse, ohne Computer, mit zu wenig Arbeitskräften und gegen ein Wirtschaftsministerium in Bonn, das jedes auch das illegale Exportgeschäft unterstützt.

Fortsetzung Seite 2

„Reg' Dich nicht auf!“

Mit Trauer und ohnmächtiger Wut habe ich die Entwicklung und den Ausbruch des Golf-Krieges beobachtet. Allen wie immer geäußerten Gründen, Begründungen, Wahrheiten (und Verdrehungen) über die angebliche Notwendigkeit eines Krieges stehe ich ungläubig, ablehnend und verurteilend gegenüber. Krieg ist heute keine Notwendigkeit mehr – zu abhängig sind die Staaten voneinander. Konsequente wirtschaftliche Sanktionen können nach meiner Vorstellungskraft nicht erfolglos bleiben – das sehe ich nur als eine Frage der Zeit an, sollte sich die Welt ebenso einig im Wirtschaftsboykott sein wie im Durchsetzen der UN-Resolution (Räumung Kuwaits bis 15. Januar)...

„Reg' Dich nicht auf!“, schreibt eine Leserin zitiierend zu unserem Bericht über die Reichskristallnacht 1938. Ein Bekannter von ihr kommentierte auf diese Weise den NS-Terror, während die Synagogen brannten. Das Zitat zeigt in kaum zu überbietender Treffgenauigkeit, daß es eben nicht nur eine einzige Wirklichkeit gibt, sondern immer nur eine bedeutete, bewertete – die Bedeutung erfährt die Wirklichkeit erst durch uns.

Was das mit dem Golf-Krieg zu tun hat? Wenn Arroganz politischer Macht und Menschenverachtung am Golf eine erneute Kriegstragödie verbrechen, steht in erster Schußlinie nach dem Irak auch Israel. Gleich wie Geschichte interpretiert, gelaubt, verfälscht oder auch vorgegaukelt wird: Für alle, ob Amerikaner, Iraker oder Israeli und Palästinenser samt aller Nachbarn – jeder einzelne ist Verlierer in solch einem barbarischen Morden um Geld und Macht. Trauriger Zynismus einer deutsch-jüdischen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts: Nach den Gaskammern der NS-Zeit gestern – deutsches Giftgas in Israel heute?

Als Bürger dieser Republik protestiere ich gegen die Verletzung des Verteidigungsauftrages der Bundeswehr durch den Einsatz am Golf. Hätte es nicht ausgereicht, sie für Sanitäts-Hilfsmaßnahmen einzusetzen? War es denn nicht genug, daß deutsche Firmen am Bau von Giftgasanlagen verdient haben, auch den Bau der Neutronenbombe im Irak ermöglicht haben?

Haben alle die recht, die meinen, solches bliebe besser verschwiegen? Derlei Zusammenhänge sind tabu, unerwünscht und doch eine der vielen Wahrheiten, zu denen auch gehört: Wer hier sagt, „Reg' Dich nicht auf!“, der trägt ebenso an der Verantwortung wie derjenige, der sich zwar aufregt, es aber dabei beläßt. So wird der Schweigende zum Mitläufer, der Wählende zum Mitschuldigen – wir alle zu untätigen Mit-Tätern an Opfern der Tötungsmaschinerie. In diesem Golfkrieg wird es nur Verlierer geben – keine Sieger.

Ein halbes Jahrhundert ohne Krieg in Europa, Ost-West-Entspannung, Begrenzung des irrsinnigen Wettrüstens: Wofür sollen wir diese Errungenschaften widerspruchslos aufs Spiel setzen? Wir nicht! Wer aber dann? Welche gewissenlosen, machtbesessenen „Volks“-Vertreter haben wir uns bestimmt, gewählt, die solches

Treiben unterstützen? Haben wir sie wirklich gewollt? Kanzler Kohl, ein großer Kriegsheld? Oder eher Protagonist hemmungsloser Geschäftemacher? „Reg' Dich nicht auf!“ Meine Stimme bekommt keiner der kriegstreibenden Helden, weder heute noch morgen – es wird Zeit, daß die Mächtigen sich wieder auf ihre Herkunft besinnen und nicht gegen, sondern mit und für ihre WählerInnen und Mitmenschen zu entscheiden lernen.

Ist solch eine Kritik unsachlich? Ist der Ton zu scharf? Kann solche Kritik scharf genug sein angesichts dessen, was Millionen Menschen im Golf bereits angetan wird?

Spricht aus Zahlen die Stimme der „sachlichen“ Kritik? Die Kette an „Informationen“ ist endlos, sensationsheischend und ohne Aussagekraft. Was aus den Meldungen nicht hervorgeht: daß 15 Millionen Menschen allein im Irak von Hunger und Tod, daß ungezählte Menschen von Tod und Krankheit bedroht sind. Der offenen Fragen gibt es noch viele mehr. Mir sagen diese sogenannten Fakten nichts, denn schon jeder einzelne, der sterben muß, ist einer zuviel.

Weshalb ließ sich ein Wirtschaftsboykott gegen Hussein nicht erfolgreich durchführen? Weshalb mußte gar noch das Risiko eines nuklearen Krieges eingegangen werden? Wie ist es möglich, daß noch bis Kriegsbeginn deutsche Techniker im Irak ein- und ausreisen und bei der Kriegswaffenproduktion helfen? „Reg' Dich nicht auf!“

Wir suchen wieder Schuldige – die einen halten Saddam Hussein dafür, die anderen die Amerikaner oder die „Zionisten“ und wieder andere die kapitalistischen Geschäftemacher ums Öl. Mit den Schuldzuweisungen sind wir immer schnell zur Hand, nur, bei einem Krieg trifft alleAkteure Schuld. Wofür brauchen wir denn die Schuldzuweisung? Doch nur für die Verurteilung anderer. Aber erst die späte Reue sucht die Schuld bei unseren Waffenhändlern. Suchen wir weiter: bei unserem Wohlstand, unseren Politikern und unserer Wahlstimme...

„Reg' Dich auf!“ Trotz aller Trauer ein kleiner Lichtblick: Anders als bei Ausbruch des Vietnam-Krieges zieht sich diesmal ein breites Band des Protestes durch die Bevölkerung. Wir sind nicht in der Lage, über alle Friedens-Aktivitäten zu berichten, aber die spontanen Proteste sind in Darmstadt wohl die umfangreichsten der Nachkriegszeit gewesen. Ich hoffe, daß die kontinuierlich anwachsenden Proteste unsere Regierung unter Druck setzen, für ein Ende des Krieges und nicht für dessen Finanzierung und Weiterführung einzutreten.

Für ein unmißverständliches und deutliches Nein zum Krieg am Golf!
Der Herausgeber

Aufforderung an die Welt

P.E.N. Zentrum Israel zum Golfkrieg

Wir richten diesen Aufruf an den Präsidenten und den Sekretär von P. E. N. International am Morgen des 15. Januar 1991, wenige Stunden vor dem möglichen Ausbruch eines schrecklichen Krieges:

Seit Saddam Hussein's Einmarsch und der Annexion Kuwaits, einer auf einseitiger Aggression beruhenden Tat, drohte er wiederholt mit der Zerstörung Israels im Falle eines militärischen Angriffs, um so eine ganze Nation gegen Lösegeld gefangen zu halten.

Das Israelische P.E.N. Zentrum liegt mitten in dem Bereich einer möglichen Feuersbrunst und wendet sich an Sie, um die P.E.N. Zentren in der ganzen Welt aufzufordern, ihre Stimmen zu erheben und gegen diese kriminelle Bedrohung zu protestieren, die droht, unser Land zu zerstören zu machen, ungeachtet wiederholter Erklärungen, daß es nicht aktiv an der Konfrontation zwischen dem Aggressor und der Allianz der Nationen, die in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Sicherheitsrates handeln, beteiligt ist.

Hanoch Barov, Präsident

➔ Fortsetzung Seite 1

Darmstädter Know-how

Die Hanauer Staatsanwaltschaft ermittelt gegen diese Firma, die – so die Staatsanwaltschaft – Bauteile für eine Neutronenbombe an Pakistan geliefert hat. Über deren Einsatzbereitschaft liegen noch keine Meldungen vor.

Tödliches Wissen der Wissenschaftler

In Darmstadt-Wixhausen sitzt in einem unscheinbaren Einfamilienhaus – der Adventskranz hängt noch vor der Tür – eine Ingenieurgesellschaft namens PET, die von zwei Angestellten der Gesellschaft für Schwerionenforschung (GSI) betrieben wird. Die beiden Inhaber, Hans Peter Strehl und Kraus, werten, laut dem Fernsehfilm „Das Geschäft mit dem Tod“ von Hans Christian Fröhder, mit Genehmigung

der GSI Patente aus. Die öffentlich geförderte GSI läßt zu, daß die Wissenschaftler ihre brisanten Kenntnisse weiterreichen: Ihr prominentester Kunde ist die Firma NTG.

Inhaber und Physiker Strehl führt den Reportern einen Katalog vor und erklärt, „Die NTG hat nicht die Fachkräfte, um diese Elemente richtig zu erklären“. Noch nicht einmal den Verkauf soll die NTG ohne das wertvolle Know-how dieser Fachleute in Gang bringen können. Wieder Strehl: „Selbst beim Verkauf, wenn diese Elemente (gemeint sind Anlagen Bauteile red.) von Physikern begutachtet werden, geht das nicht ohne technische Beratung“. Es obliegt der Darmstädter Staatsanwaltschaft zu prüfen, ob dieser Verkauf von Wissen ebenso legal ist, wie der Verkauf von nicht gelisteten

Waffen.

Tritium für Neutronenbombe

Die Firma NTG lieferte über Jahre hinweg Bestandteile für den Bau der islamischen Atombombe an Pakistan und Indien. Zentraler Punkt in der Anklage der Hanauer Staatsanwaltschaft ist jedoch ein noch brisanteres Geschäft: Die Lieferung einer Tritiumgasreinigung- und Speicheranlage, sowie Anlagenteile für eine Kernbrennelementefertigung. Der Tritiumspeicher (nicht ausfuhrgenehmigungspflichtig) ist Teil einer Anlage für die Produktion der Neutronenbombe, mindestens erhöht das Tritium aber die Sprengkraft bestimmter Atombomben. Die (nur) drei Angeklagten haben Geständnisse abgelegt. Ganz offen gibt der Diplomphysiker Peter Finke zu, daß er von der Waffenfähigkeit der gelieferten Teile klare Kenntnisse besitzt, vor Gericht allerdings gab er Alkoholumismus als Schuld minderungsgrund an.

Klar, daß die Firma NTG immer die Ausfuhrgenehmigungen in Eschborn erhielt und sogar noch Unterstützung im Bonner Atomuntersuchungsausschuß erfuhr, der den Hanauer Staatsanwälten Kenntnisse und Informationen vorenthielt.

Hat die NTG auch mit dem Irak zu tun?

Indien und Pakistan befinden sich im Wettlauf um die erste islamische Atombombe. Indien hat bereits 1974 einen atomaren Sprengsatz gezündet. Beide Länder weigern sich, den Atomwaffensperrvertrag – Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen – zu unterzeichnen, letztmals im August 1990. Der Irak hingegen hat den Sperrvertrag gezeichnet, allerdings wird gemutmaßt, daß sich Saddam Hussein nicht daran halten wird, zudem bestehen Geschäftsbeziehungen der Iraker zu Pakistan. Ob Saddam schon über die Neutronenbombe verfügt? Oder ist es Israel 1981 rechtzeitig gelungen, mit dem Bombardement des

irakischen Atomkraftwerkes „Osirak“ bei Tuwaitha vor dessen Erstbetrieb, die irakische Atom-Bewaffnung zu stoppen?

Tschernobyl mal 2 im Irak?

Glauben wir den (scharf zensierten) Nachrichten vom 22. Januar, daß die zwei bombardierten Forschungsstätten für atomar-chemische Waffen (Agenturen Reutter und afp) „höchstwahrscheinlich nur zu einer lokalen Kontamination der wüstenähnlichen Gebiete führen“ (dpa/ap/upi) ? Oder sollte es sich um zwei weitere Tschernobyls handeln?

Ebenfalls seit 1984 besitzt die Bundesregierung Kenntnisse davon, daß Atom-Anlagen-Bauteile gemäß einem Geheimvertrag zwischen Brasilien und Irak an letzteren geliefert worden sind. Nur Brasilien hatte nicht das Know-how und auch nicht die Technik – die kamen wiederum aus der Bundesrepublik.

Duldung

Es dürfte sich bei den Waffenexporten wohl um eine der erfolgreichsten Branchen der Bundesrepublik handeln. Es mag sein, daß deshalb der kleine Tourist als Zigarettens- oder Alkoholschmuggler eher bestraft wird, als der hemmungslose Waffenhändler und der furchtbare Wissenschaftler. Der Umfang der Waffengeschäfte, so steht zu befürchten, ist wahrscheinlich noch wesentlich größer, denn lediglich Teile der brisanten Lieferungen wer-

den durch Geheimdienste und Presse an die Öffentlichkeit gebracht. Eine staatliche Kontrolle, die womöglich den gesamten Umfang der Lieferungen nachvollziehen könnte, ist aus gesetzlichen, technischen und personellen Gründen undenkbar. Ironie der Geschichte: Heute ist die Bundesregierung (genauer: wir Steuerzahler) gewissermaßen verpflichtet, die unsauberen Geschäfte der Unternehmen im Nachhinein in Form von „Waffengang-Hilfe“ für die US-Streitkräfte zu begleichen. Sollte der Konflikt weiter eskalieren, können wir sicher annehmen, daß die Forderungen an einer Beteiligung der BRD am Golfkrieg lauter und nachhaltiger werden. Die ersten Schritte sind mit der Einbeziehung des Natopartners Türkei bereits getan.

Es ist allerhöchste Zeit, die Politiker zu zwingen, eine effektive Waffenexport-Kontrolle auszuüben. Klare Gesetze und scharfe Strafen scheinen wohl das einzige zu sein, was unseren Unternehmern so etwas wie Gewissensnot bereitet – allerdings gilt das auch für Politiker, denn nur mit Duldung, zwar nicht jeden Einzelvorganges, aber doch der Waffen-Export-Wirklichkeiten allgemein, war die Aufrüstung des Irak über ein Jahrzehnt problemlos möglich. Kanzler Kohl sprach erste Kraftworte bereits 1984, unterbinden ließ er die Geschäfte mit dem Tod anderer nicht. Im Gegenteil, aus Steuergeldern wird wieder ein Krieg unterstützt, der in diesem Umfang auch erst durch unsere Waffenhändler mit möglich geworden ist.

Michael Grimm



In diesem Einfamilienhaus in Wixhausen sind Pläne für den Verkauf und Bau von Teilen einer Produktionsanlage der pakistanischen Neutronenbombe erstellt worden. Es ist Sitz der Firma PET (zum Bericht) (foto as)

Impressum

Verleger und Herausgeber:

Michael Grimm

Unser Team:

Uta Schmitt
Ellena Huszarik
Sanne Borghia
Ingulf Radtke
Dorothea Schütze
Michael Schreiber-Bimster
Klaus Maat

Telefon: 0 61 51 / 71 98 96
Telefax: 0 61 51 / 71 98 97

Anzeigen Tel.: 0 61 51 / 71 98 96

Peter Horn, Hans Krueger
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 2

Aufnahmeschluß: 19.2.1990

Postanschrift:

Zeitung für Darmstadt
Postfach 10 43 23, 6100 Darmstadt

Bankverbindungen:

Volksbank Darmstadt
BLZ 508 900 00, Konto 14 111 301

Spendenkonto:

Postscheckamt Frankfurt
BLZ 500 100 60, Konto 56 29 29-601

Druck:

Caro Druck
Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1

Auflage:

5.000

Abonnement:

jährlich DM 60,00 incl. 7% MWSt.

Personenbezogene Daten werden elektronisch gespeichert, ausschließlich intern für die Verwaltung eingesetzt und nach Ende des Zeitungsbezugs umgehend gelöscht.

Informanten bleiben gemäß gesetzlicher Grundlage auf Wunsch anonym.

Diese Zeitung ist vollständig (Text und Bild) mit QuarkXPress auf Apple Macintosh gesetzt.

Folter, Hinrichtungen, Kriege ...

Tabellarischer Lebenslauf von Saddam Hussein

1937 geboren bei Tikrit

1945 erster Schul-Besuch

1958 in Haft wegen Mordverdacht, wieder frei und Mitglied in der Baath Partei

1959 Anschlag auf Ministerpräsident Quasim, Saddam erschießt Fahrer und zwei Attentäter und verletzt Quasim schwer; Flucht nach Ägypten

1963 Rückkehr in Irak, Leitung des Untersuchungskomitees im Gefängnis „Palast des Endes“. Zu der Zeit sollen Tausende von Gegnern der Baath Partei gefoltert und ermordet worden sein. Spaltung der Baath Partei, Saddam schließt sich dem rechten Flügel an.

1967 Sechstage-Krieg Israels führt zu bewaffnetem Kampf der Linken im Irak. Die Baath-Partei koaliert mit Links-Partei; wenige Monate danach erfolgreiche Palastrevolte mit Hussein als Anführer; öffentliche Hinrichtung von 100 angeblichen Spionen

1972 Verstaatlichung der Ölindustrie

1973 westlicher Boykott irakischen Öls. Saddam erzwingt gegen den Regierungschef einen Öl-Abnahme-Vertrag mit UdSSR

1975 Abkommen zwischen dem iranischen Shah und Saddam über Zwangsumsiedelung von Kurden und deren militärische Bewachung

1978 31 KP-Mitglieder öffentlich hingerichtet

1979 bis August 191 Todesurteile wegen Konspiration; zehntausende Verhaftungen und Folterungen weiterer 2000 Kurden, und nochmal soviel Kommunisten verschwinden

1979 Saddam soll Bahr al Saad (Schiitenführer) eigenhändig erwürgt haben; Saddam übernimmt Staatsführung und läßt 21 Regierungsangehörigen und Journalisten hinrichten

22.9.1980 Blitzangriff von Saddam auf Iran befohlen; Irak beginnt Ausbau zur vierstärksten Militärmacht der Welt

1988 Giftgasangriff auf Kurden: 10.000 Opfer in Halabaja. Ende des irakisch-iranischen Krieges: Mehr als 1 Million Tote. Saddam feiert einen „Sieg“

28.8.1990 Überfall auf Kuwait

Saddam heute: Präsident der Republik, Ministerpräsident, Führender Vater der Nation, Vorsitzender des Revolutionsrates, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Generalsekretär der Baath-Partei mit einem seiner zahlreichen Titel: „Schwert Arabiens“

Irak: 195 Milliarden Barrel Erdöl machen Irak mit Kuwait zum zweitgrößten Erdölbesitzer der Welt. Zwischen Irak (selbständig seit 1928) und Kuwait (selbständig seit 1961) sind die Grenzen nie festgelegt worden.

Sechs Geheimdienste kontrollieren die Opposition und die Kurden im besonderen, aber auch die Bevölkerung und die eigene Baath-Partei.

Fax vom Internationalen Friedenscamp in Baghdad vom 15.1.91

An das auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Genscher, nachdem Sie letzte Woche alle verantwortlichen Mitarbeiter der deutschen Botschaft aus Baghdad zurückzogen, gibt es hier niemanden außer uns, der den Irakis als deutscher Ansprechpartner zur Verfügung steht. Und niemand, der – vom Ort der Kriegsgefahr aus – der deutschen Bundesregierung die hier lebenden Menschen, ihre Gesichter, ihr Lachen, ihre Angst vor einem Luftangriff nachdrücklich ins Bewußtsein rufen könnte. Der Abzug des deutschen Botschafters aus dem Irak ist Ausdruck dafür, daß Sie Millionen von Irakerinnen und Irakern zum Abschluß freigegeben haben. Über 100 Menschen aus Europa, Indien, Nordamerika und Australien sind vor Ablauf des UN-Ultimatums in den Irak gereist, um unter Einsatz ihres Lebens klarzumachen: Das Schußfeld ist nicht frei!

Die Hälfte der im Irak lebenden Menschen sind Kinder. Sie tragen keine Mitverantwortung für die auch von Deutschland in die arabischen Länder gelieferten Kriegsmittel. Aber sie würden im Kriegsfall die Leidtragenden sein. Wir verstehen uns hier als Vertreter der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die einen Einsatz militärischer Mittel zur Lösung des Golfkonflikts ablehnt, und wir sind bereit, die deutsche Botschaft im Irak während der Abwesenheit des offiziellen Botschafters zu vertreten. Wir bitten Sie, uns den Zugang zum Botschaftsgebäude zu ermöglichen. Wir werden in den nächsten Wochen morgens von 10 bis 12 Uhr Ortszeit in oder vor dem Botschaftsgebäude anwesend sein. Nachmittags können Sie uns im internationalen Friedenscamp in Baghdad erreichen, Telefon: 7769185 über Fernamt.

Ihre Anwesenheit im Irak würde den Menschen in der Golfregion neue Hoffnung für ein Überleben geben und die Hemmschwelle für einen Krieg heraufsetzen. Wir fordern alle Menschen, die den Krieg als Mittel der Politik verurteilen, auf, durch eine freiwillige Präsenz im Irak ihren Beitrag zur Kriegsverhinderung zu leisten. Wir möchten zur Versöhnung bereite Araber gleichzeitig auffordern, eine ähnliche Friedenspräsenz in Tel Aviv aufzubauen.

In der Hoffnung, daß ein Krieg vermieden werden kann.

Malte Fröhlich und Volker Nick (siehe auch: *Wers Schweigt, macht sich mitschuldig*)

Bonner Reaktion zum Brief an Genscher

Telefongespräch vom 15.1.91: Wolfgang Kraus, Pressesprecher der Friedenscamps, mit dem Auswärtigem Amt

Eine erste Nachfrage beim Krisenstab im Auswärtigen Amt zeigte, daß dort nichts angekommen ist. Gespräch mit Herrn Bögershausen, der sich zunächst empört zeigte, „das ist Hausfriedensbruch“. Ich sagte: „Aber dazu ist doch die Botschaft da, daß Deutsche hingehen können, zumal in dieser Situation“. Ich versicherte ihm, daß es nicht darum gehe, die Bundesregierung zu provozieren, sondern eher die Bemühungen Genschers für eine friedliche Lösung zu unterstützen und deutliche Friedenszeichen zu setzen. Auch hätten die beiden die Botschaft nicht besetzt, sie würden auch nur im Einverständnis mit der Stallwache (zwei deutsche Frauen mit irakischen Ehemännern) handeln.“

„Wer schweigt, macht sich mitschuldig...“

begründet Anneliese Gehring (59, Hausfrau) ihr Engagement im Protest gegen einen Krieg am Golf und erinnert an die schweigenden Massen im zweiten Weltkrieg. „Ich kann doch nicht das gleiche tun, was ich meinen Eltern heute noch vorwerfe.“

Am 18. Dezember 1990 war Frau Gehring für einen 2 1/2-wöchigen Aufenthalt im Irak zum „Worldcamp for Peace, Friendship and Solidarity“ nach Baghdad eingereist. Zusammen mit 35 Personen aus elf Nationen eröffnete sie am Weihnachtsabend ein zweites Friedenscamp etwa 400 km von Baghdad entfernt, nahe der saudischen Grenze. Dort nahm sie an Aktionen für den Frieden im Nahen Osten teil. Bäume wurden gepflanzt, Delegationen und Briefe an die Botschaften der an den Kriegsvorbereitungen beteiligten Länder geschickt.



Eine große Plakatwand zierte den Eingang des Friedenscamps an der Grenze zwischen dem Irak und Saudi Arabien, zu dessen Gründung Anneliese Gehring in den Irak gereist war. Das Camp liegt südwestlich von Baghdad und ist absichtlich so plaziert, daß es in der Hauptkampflinie stehen wird.

Diese und andere Aktionen mußten bei offiziellen Stellen beantragt werden und unterstanden der Kontrolle der Sicherheitskräfte. In nur wenigen Fällen wurden Anträge abgelehnt, im Gegenteil, die Frie-

densarbeit sei weitgehend begrüßt worden, berichtete Frau Gehring.

Angst vor dem drohenden Krieg

Das Camp liegt mitten in der Wüste und wird von irakischen Soldaten bewacht. Entgegen der Berichterstattung in den westlichen Medien, wonach die überwiegende Mehrheit der irakischen Bevölkerung offensichtlich die Kriegsvorbereitungen unterstützte, erfuhr Frau Gehring in Gesprächen mit den Soldaten und Teilen der Zivilbevölkerung in Baghdad von der Angst vor einem drohenden Krieg und der Hoffnung auf eine friedliche Lösung im Golfkonflikt.

Seit ihrer Rückkehr nach Darmstadt am 4.1.1991 ist Frau Gehring mit ihrem Anliegen verstärkt an die Öffentlichkeit getreten. In Aufrufen, Briefen, Interviews, durch Beteiligung an Kundgebungen und Demonstra-

tionen (u. a. am 13.1.1991 in Darmstadt auf dem Luisenplatz) hat sie versucht, mehr Menschen aufzuwecken, die sich besonders während der Weihnachtszeit, „in einer Art Tiefschlaf befanden“. Auf die Frage, ob sie angesichts der drohenden Kriegsgefahr nicht froh sei, wieder zu Hause zu sein, antwortete Frau Gehring, „zu Hause die Passivität der Menschen aushalten zu müssen ist schlimmer, als jetzt im Golf zu sein, und dem Tod ins Auge zu blicken.“ Mit ihrem Engagement will sie erreichen, daß kein Mensch sagen kann, er habe nichts von der drohenden weltweiten Katastrophe durch einen Golfkrieg gewußt. „Jeder einzelne hat die Verantwortung.“

Die Krise bekommt Gesicht

Durch ihren Aufenthalt im Irak hatte die Krise für sie Gesichter bekommen. Sie sah all die Menschen, vor allem Frauen und Kinder, die im Kriegsfall keine Überlebenschance haben. In Gesprächen mit Darmstädterinnen und Darmstädtern bekam sie oft das Argument zu hören: „Hussein, das ist ein Hitler, den muß man stoppen!“ In den Köpfen dieser Menschen hatte ihrer Ansicht nach die „einseitige Propaganda wohl gut gewirkt. Wenn es dort kein Öl gäbe, würde sich kein Mensch für Kuwait interessieren“, konterte sie. „Es ist einfach Schwachsinn, so einen Völkermord rechtfertigen zu wollen.“ Anfang Januar 1991 hatte Anneliese Gehring, die auch ehrenamtlich im evangelischen Dekanat tätig ist, die Kirchenvorstände aller Gemeinden Darmstadts angeschrieben. „Bei uns in der Gemeinde herrscht Ruhe“, begründete sie ihre Briefaktion. „Wo ist die Kirche, die sich lautstark zu Wort meldet? In diesem Fall können nicht wieder nur

hinterher Schuldbekennnisse abgegeben werden. Wir laufen sehenden Auges in die Katastrophe.“

Durch persönlichen Einsatz konnte sie erreichen, daß der für den 15. Januar 1991, dem letzten Tag des UN-Ultimatums vorgesehene ökumenische Gottesdienst in die Stadtkirche verlegt wurde. Ursprünglich war dafür die St.-Josef-Kapelle im Hof des Altenheimes in der Nieder-Ramstädter-Straße vorgesehen. „Wir können nicht in irgendeinem Hinterhof still in der Kirche sit-

zen und beten, lieber Gott, jetzt tue doch mal!“ Bisherige Aktionen wie Gebete, Mahnwachen und Fastenzeiten hatten nicht die ihrer Meinung nach erforderliche Öffentlichkeit geschaffen. Am Sonntag, dem 13. Januar 1991 verabschiedete Anneliese Gehring eine weitere Gruppe, die vom Frankfurter Flughafen aus für die Friedensaktionen in den Golf abflog. Für sie ist es allerdings jetzt wichtig, in Deutschland zu sein. „Meine Aufgabe ist es, hier was zu bewegen.“ Dorothea Schütze



Die Darmstädterin Anneliese Gehring ist Rentnerin und stark engagiert in der Friedensbewegung. Sie reiste in den Irak um dort ein Friedenscamp zu gründen (Foto: Dorothea Schütze)



Beutezüge im Namen der Religion

Nebukadnezar - Nabucco - Saddam:

Verdis Oper in Karlsruhe:

Ein Politikum

Die Eroberung und Zerstörung Jerusalems im Jahr 587 vor Christus durch die Babylonier (auch Chaldäer, heute Siedlungsgebiet Irak) unter Nebukadnezar II. wird im zweiten Buch der Könige in der Bibel beschrieben. Die Hebräer kamen in Kriegsgefangenschaft nach Babel, „Also werde Juda von seinem Heimatboden fortgeführt“... „in babylonische Gefangenschaft“.

Blutrünstige Machtranküne

Dem Italiener Giuseppe Verdi wurde das Opern-Libretto für „Nabucco“ (Nebukadnezar auf italienisch) angeboten, und erst wollte er sich damit nicht anfreunden. Zu blutrünstig waren ihm Handlung und Text, die sich an der biblischen Geschichte orientierten und eine Liebesgeschichte, vermischt mit Machtrankünen, darumherumwob. Im März 1842 war es dann doch soweit: „Nabuc-

co“ wurde uraufgeführt. Sie begründete Verdis Erfolg als Opern-Komponist. Die Oper, getragen von patriotischen Pathos, erzählt von Sieg, Tod und Grausamkeiten und erlangte 1842 wegen der verhassten Fremdherrschaft Österreichs über das damalige Italien politische Aktualität.

Regisseur Giancarlo del Monaco plante im Oktober 1989 die heutige Inszenierung für die Karlsruher Bühne – an einen Golfkrieg dachte niemand. Dennoch bezog er „Nabucco“ auf Saddam Hussein. Der hängt dann auch martialisch-machtdürstig als Eroberer in Überlebensgröße auf der Bühne, ein Panzer unterstreicht den ungeheuren Eindruck militärischer Gewalt. Politischer Ehrgeiz, Skrupellosigkeit und eine kriegerisch zerstörte Bühnenlandschaft aktualisieren Verdis „Nabucco“ mit schneidender Schärfe.

Treffende Vorahnung

Religion als ewig altes Rechtfertigungsmuster für besessene Eroberungsgier sieht Giancarlo del Monaco als zentrale



Saddam Hussein hat einen Teil des alten Babylons wieder errichten lassen. Er sieht sich als Nachfolger Nebukadnezars, der Erbauer des Palastes war. Nebukadnezar ließ jeden 100. Ziegel mit seinem Namen kennzeichnen. Saddam Hussein jeden vierten.

Botschaft der Nabucco: „Beutezüge werden in der Propaganda zum Religionskrieg gemacht“; auch Saddam ruft 1990 zum „Heiligen Krieg“ auf: Krieg des Islam gegen Zion oder Gott? In der Bibel ist es der assyrische Götze Baal, der gegen den jüdischen Gott Jehova herhält.

Die Vorahnung trifft unversehens zu: „Hussein sieht sich als Nachfolger Nebukadnezars II.“ Dieser führte seine Heere bis an die Grenzen Ägyptens, unterjochte dabei Syrien und Palästina und zerstörte Jerusalem. Auch

Saddam kündigte an: Israel wird in den Golfkrieg einbezogen. Der Parallelen gibt's gar viele, es sei nur die größte noch benannt: Nebukadnezar ruft sich selbst zum Gott aus (bevor er vom Blitzstrahl getroffen wird) – Saddam Hussein läßt sich als Abbild im King-Kong-Format in seinem wiedererrichteten Babel als „Sonne des Volkes“ und als „Führer des Volkes“ feiern.

Der National-Faschist

Die Bibel – und mit ihr Verdi – beschwören die Hoffnung: Nebukadnezar wird gläubiger Anhänger Jehovas, Saddam Hussein jedoch steht in der harten Wirklichkeit, ein Glaubenswechsel wird ihm nicht helfen. Aus Sicht der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Patriotismus, Blut und Boden gelten in der Bibel als wahre Werte, sie gelten es auch dem arabisch-nationalistischen „Helden“ Saddam: Größenwahnsinniger National-Faschismus.

Die Oper wurde in Karlsruhe inszeniert. Das Bühnenbild entwarf Michael Scott, musikalische Leitung hatte Ivan Törzs. Leider wird die Oper jetzt nur noch konzertant aufgeführt, wegen des Golfkrieges.

Michael Grimm



Bildbetrachtungen:

Stimmungen, Momente, Situationen an der Rhein-Main-Airbase (Ffm) und in Darmstadt...

JUST SAY NO!

In Deutschland stationierte GI's und Veteranen der US-Armee produzierten gemeinsam den folgenden Rap-Song als Botschaft an alle im Golf stationierten GI's und vor allem solche, die noch eingezogen werden sollen.

Don't wanna be a hero, can't stand John Wayne
To go and die for you – I'd have to be insane
There's no glory in disaster
Once the wheels of war start to turn
Tell me what's the next step sucker
When the oilfields start to burn.

Sydney, Berlin, Baghdad, Tel Aviv,
Facing off for each other for the Sultans of Greed
Brothers will be dying, mothers will be crying!
And what's it all for? Ha, just another rich man's war!

Some people seem to think it'll all be over quick
What about Vietnam, LBJ* and Tricky Dick*
They'd like to have us believe they're defending democracy,
But anyone with eyes can see, that's a fallacy.
Saudi Arabia is not a democratic state
The women on the street can't even show their face.

The Army don't care about heroes in Saudi
You've gotta refuse – don't be another body!
You swallow what the nemsman feeds you,
to go down with your coffee and eggs and toast
The whole damn world's in an uproar,
As governments plot to see who gets the most.
Hear no, see no, speak no evil
Man, you better wise up cause this is for real.
This pig war ain't nothing to die for
So when they tell you to go, just say no!

...oder eine Übersetzung:

Ich will kein Held sein, ich steh' nicht auf John Wayne
Ich wär' doch verrückt, wollt ich für Dich sterben
Es gibt nichts Glorreiches in der Hölle zu erben
wenn sich die Kriegsräder erst einmal drehn.
Sag mal bloß, was passiert denn, he?
Ölfelder brennen und hier fällt der Schnee

Sydney, Berlin, Baghdad, Tel Aviv
bekämpfen sich für die Mächtigen der Welt
Brüder werden sterben, Mütter werden fliehen
Und wozu all das? Tja, Krieg bringt viel Geld.

Einige glauben wohl, es gäb 'nen schnellen Sieg
Was ist mit Vietnam, LBJ* und Tricky Dick?*

Wir sollen ihnen glauben, hier geht's um Demokratie
aber wer was im Kopf hat, weiß, das war's nie.
Saudi Arabien ist kein demokratisches Land
hast Du mal 'ne Frau hinter'm Schleier erkannt?

Die Army pfeift auf Wüstenhelden
Mach nicht mit – siehst schon aus wie tot
Du schluckst, was Dir die Zeitungen melden,
zusammen mit Kaffee, Eiern und Brot
geht die ganze Welt etwa an die Front?
An den Börsen steigen die Aktien steil
ach, sei doch still und guck in den Mond.
Mensch, wach lieber auf, der Traum ist aus.
Für diesen Scheiß-Krieg zu sterben ist nicht geil
wenn sie Dich hinschicken woll'n, geh' nach Haus.

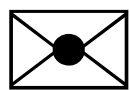
* LBJ: Lyndon B. Johnson, US-Präsident 1963-69
*Tricky Dick: Richard Nixon, US-Präsident 1969-74

Die „Just Say No“ - Kasette ist erhältlich über:
Fight Back c./o. Anderer Buchladen
Plöck Straße 93, 6900 Heidelberg



Bilder:
Dorothea Schütze
Holger Haupt





Die Antwort auf Krieg heißt Steuerverweigerung oder...

Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner bezahlt ihn:

Im Nahen Osten eskaliert der Krieg. Eine riesige Kriegsmaschinerie rollt über den Irak, Kuwait und Teile von Israel. Tausende, nach neuesten Angaben wahrscheinlich Hunderttausende von Menschenleben sind bereits im Bombenhagel umgekommen. Ein schrecklicher, grausamer Krieg tobt und rüttelt hier viele friedliebende Menschen wach. Jeder Kriegstag kostet nach Angaben des Fernsehens vom 22.1.91 1-2 Mrd. DM. 3,3 Mrd DM hat die Bundesregierung den USA zugesagt. Das ist nur der Anfang! Steuererhöhungen sind angekündigt. Weiterhin ist zu befürchten, daß die NATO und dann auch die Bundeswehr direkt in den Krieg verwickelt werden. Wir schauen zu, demonstrieren vielleicht, diskutieren, lehnen uns ohnmächtig zurück und zahlen weiter: Steuern. Steuern, die Abertausende von Menschenleben kosten. Wir zahlen sie, ohne uns klarzumachen, daß wir die Kriegsvorbereitungen schon lange mittragen. Es ist Zeit, umzukehren, den Spieß umzudrehen, indem wir Steuern verwei-

gern, indem wir sagen, unsere Steuern dürfen nicht Menschen töten! Die Militärsteuerverweigerung (MSV) bzw. „Steuerumwidmung“ hat bereits Geschichte. Die große Öffentlichkeit hat bisher allerdings gefehlt. Ohne Öffentlichkeit sind Forderungen wie Steuerumwidmung schwer durchzusetzen. Daher muß dieses brisante, aktuelle Thema aus dem Schattendasein ans Licht der Öffentlichkeit gebracht werden.

Was tun?

Der Steueranteil, der für Rüstung ausgegeben wird (ca. 20%), wird einbehalten und auf ein Sperrkonto überwiesen. Oder aber es wird ein Antrag auf friedensgebundene Verwendung des Geldes gestellt, mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit.

Wer mehr darüber wissen will: Treffen jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat um 20.00 Uhr in der Ludwigshöhstr. 55 in Darmstadt, oder Schreiben an die Friedenssteuerinitiative (FSI), Postfach 200807, 5300 Bonn 2.

Werner Ehrlich
Eckhardtstraße 34
6100 Darmstadt

Haben wir Angst?

Die Angst vor dem Einsatz von Atomwaffen zwischen Mittelmeer und Persischem Golf ist in den letzten Wochen groß geworden. Aber weshalb haben wir auf einmal Angst? Die Abschreckungstheorie, wo bleibt sie? Hat sie uns doch - angeblich - seit über vierzig Jahren vor einem Krieg mit der UdSSR bewahrt? Müßte dieses Konzept nicht erst recht bei dem Irak greifen? Wie können wir behaupten oder annehmen, mit Atomwaffen wirksam potentielle Aggressoren abzuschrecken und damit einen Krieg zu verhindern? Fürchteten wir uns selbst nicht vor den Gefahren der atomaren Strahlung: Nicht nur die Geschosse anderer Länder schrecken uns sehr wenig, so daß eine Ächtung bislang nicht zustande kam. Arglos leben wir neben sogenannten friedlichen Atomkraftwerken in der BRD und in unseren Nachbarländern - das sind Atomwaffen mit Langzeitzündern, deren Uhrwerk niemand kennt.

Die Wirkung von Atombomben kennen wir nur aus Berichten, von diversen Tests in Wüsten, auf Atollen und unter dem Meeresspiegel, von Versuchen an Tieren und Menschen. Wir kennen Hiroshima und Nagasaki - aber nur von Bildern, aus Erzählungen, Berichten und der Schule. Doch Tschernobyl haben wir alle miterlebt, die 1000 km-Entfernung wurde aufgehoben durch strahlendes Molkepul-

ver in der Bundesrepublik, durch Warnungen vor dem Verzehr verschiedener Nahrungsmittel, durch überlebende Opfer, die wir nicht nur in der fernen UdSSR wähen, sondern die zur Erholung von ihren körperlichen Leiden, ihren vielen Krankheiten und Verkrüppelungen durch die Strahlung, in die Bundesrepublik kommen.

Angst oder Nicht-Angst, Verdrängung oder Überzeugung? Wo ist unsere Angst? Unsere Angst vor dem Atomkrieg mit irgendeinem anderen Land oder mit unserer Technik, mit unseren Raketen und unseren Reaktoren? Haben wir aus Angst die Angst verdrängt?

Wir sollten die augenblickliche Angst, die Nöte, die Gefühle, die Hunderttausende auf der Straße, in Gottesdiensten, in Briefen und Karten zum Ausdruck bringen, festhalten. Nicht zum kurzen Selbstzweck, mit unserer Angst vor einem Krieg aus dem Golf fertig zu werden, der vielleicht auch Auswirkungen hier zeigen wird. Sondern zur dauerhaften Friedenssicherung!

Mit Waffen wird es niemals Frieden geben, und je gefährlicher die Waffen, um so gefährlicher ist der Friede - als Waffenstillstand.

Die Angst der Demonstranten ist berechtigt. Fordern wir, daß es endlich Gegenstand auch der Tagespolitik wird.

Timo Rieg



Friedensforschungsinstitute fordern sofortige Einstellung des Golfkrieges

Angesichts der militärischen Eskalation am Golf müssen wir Friedensforscherinnen und Friedensforscher die politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik - aber auch uns selbst fragen, ob wirklich alles getan worden ist, diesen Krieg zu verhindern. Zwar hat der Irak seit langem in der Region eine Destabilisierungspolitik betrieben und er hat auch den neuen Golf-Krieg begonnen, am 2. August 1990. Aber es gilt keineswegs als ausgemacht, daß sich die Ziele der Vereinten Nationen nicht auch durch die wirtschaftlichen Sanktionen hätten erreichen lassen. Jetzt bleibt nur die Mahnung und die politische Aufforderung, die Anwendung militärischer Gewalt umgehend einzustellen und stattdessen mit wirtschaftlichem Druck und politischer Kompromißbereitschaft Frieden und Sicherheit in der Region herzustellen. Mit Nachdruck weisen wir auf die Mitverantwortung des Westens, auch der Bundesrepublik Deutschland, für die krisenhafte Entwicklung im Nahen Osten:

- die kontinuierlichen Waffenlieferungen, einschließlich modernster Technologie zur Massenvernichtung
- die jahrelange Tolerierung und Unterstützung des diktatorischen Regimes im Irak einschließlich der Hinnahme des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen gegen die eigene Bevölkerung
- das mangelnde Engagement für eine Lösung des Palästinenserproblems.

Wir fordern die Regierung der Bundesrepublik auf, unabhängig vom weiteren Verlauf der militärischen Auseinandersetzung in welt-politischer Verantwortung, Zeichen für eine Neuordnung der Beziehungen zwischen den westlichen Ländern und der Nahostregion zu setzen. Dazu gehören:

- sofortiger und vollständiger Verzicht auf Rüstungsexporte, verbunden mit wirksamen staatlichen Exportkontrollen
- Engagement für die Einberufung einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten, die in der Region
- Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung vereinbart
- die Demokratisierung aller Regime fördert
- einen Kompromiß zwischen Israel und den Palästinensern formuliert
- für einen wirtschaftlichen Ausgleich zwischen reichen und armen Ländern sorgt.

Eine Branche in Not?

Unter dem Strich

Waffen und Qualität „made in Germany“, der ganze Stolz unserer innovativen Ingenieure. Sie haben die besten Giftgasanlagen der Welt gebaut. Haben sie es verdient, daß jetzt auf Ihnen herumgehackt wird? Immerhin konnten sie ja nicht wissen, was Saddam Hussein mit ihrem Können und Wissen anstellt, daß er diese gar gegen unsere Verbündeten richtet. Das war nicht vereinbart.

Ist es angemessen, einen blühenden Wirtschaftszweig ins Abseits zu stellen, der Arbeitsplätze sichert, bloß weil einige übereifrige Staatsanwälte, angestachelt von einer aufgehetzten Öffentlichkeit, in Sachen herumstochern, für die sie sich früher schließlich auch nicht interes-

sieren sollten. Machen wir uns darauf gefaßt, daß Finanzminister Waigel demnächst ein weiteres kleines Opfer von uns verlangen wird: Nach Golfkrieg-Obolus einen kleinen Beitrag zur Subventionierung der notleidenden Waffenhändler. Und jetzt kommen die Miesmacher und fallen der deutschen Wirtschaft in den Rücken. Ein jeder Stand hat seinen Segen, ein jeder Stand hat seine Last...

Ironie beiseite: Den Waffenhändlern und Giftgasverbrechern läßt der Staat sogar ihren der Besteuerung entzogenen Gewinn (siehe Urteil gegen Hippenstiel-Imhausen). Das trägt nicht gerade zu mehr Vertrauen in den Staat und seine Politik bei und liegt nicht im Sinne der Verfassung.

Peter J. Mackenrodt

Termine

Darmstadt: Aktionsforum "Kein Krieg am Golf"

Täglich Mahnwache von 6-24 Uhr vor dem John-F.-Kennedy-Haus, bei nicht allzu schlechten Witterungsbedingungen die ganze Nacht hindurch, (Infos abgeben oder erfahren)

Jeden Donnerstag 18 Uhr Kundgebung auf dem Luisenplatz
Jeden Donnerstag Treffen zur Planung und Ideensammlung für Aktionen - Bessunger Knabenschule 20 Uhr

Treffen des Koordinationsausschusses im Plazda (neben Bessunger Knabenschule) und Infodienst: sonntags und dienstags 17-19 Uhr, Tel. 662008

Kirchliche Aktivitäten:

Glockenläuten täglich 12 Uhr (Aufruf des Kirchenpräsidenten Helmut Spengler) und in den meisten Gemeinden Mittagsgebet
Ökumenisches Friedensgebet (mit Hinweisen auf Veranstaltungen), täglich außer sonntags 7 Uhr und 19 Uhr in der Stadtkirche Darmstadt

Info: Stadtjugendpfarramt Darmstadt, Friedhelm Menzel, Tel. 46548
Katholische Hochschulgemeinde, Niederramstädter Str.30, Johannes Borgetto, Tel.24315 : jeden Dienstag 18 Uhr (und nach Vereinbarung) Beratung für Kriegsdienstverweigerer
30.1.91 Podiumsdiskussion und Gesprächsabend zum Thema "Friedensfähigkeit der Religionen" (Christen, Judentum, Islam), Niederramstädterstr. 30
Pfarramt für Kriegsdienstverweigerung, Kiesstr.18, Hans-Michael Germer, Tel. 44088 Öffnungszeiten: Montag-Donnerstag, 8-16 Uhr Freitag, 8-12 Uhr

Deutscher Gewerkschaftsbund:
Regelmäßige Schweigeminuten jeden Freitag 12-12.05 in den Betrieben.
Aufruf zur Großdemonstration am Samstag, 26.1.91 in Bonn Sonderzug, Abfahrt Da-Hauptbahnhof 7.54 Uhr, Gleis 4 (ggf. zu-

sätzlicher Einsatz von Bussen). Voraussichtliche Ankunft am Bahnhof Bonn-Beuel 10 Uhr, Sammlung und gegen 13 Uhr Sternmarsch in die Innenstadt. Ab 14 Uhr Kundgebung im Hofgarten.

Rückfahrt: 18.28 Uhr, Gleis 1
Info: DGB, Alois Peresin, Tel.33262/33263
Kosten für Hin- und Rückfahrt 20 DM. Karten sind über den Kulturbund im DGB-Haus (Rheinstr.50, Tel. 313314) sowie kirchliche Stellen und verschiedene Friedensgruppen erhältlich.

TH Darmstadt:
Info im ASTA: Tel. 162117 / IANUS: Tel. 163016

Schulen:
Freitag, 25.1.91 landesweiter Aufruf an alle SchülervertreterInnen zu einem "Aktionstag" (Diskussionen, Filmvorführungen, etc.)
Fastnachtsdienstag voraussichtlich Groß-Demo aller Schulen in Darmstadt
Info: Stadtschulsprecher Julian Kamphausen, Tel. 62125

Frankfurt:
2.2.1991: Demo des Stadtschülerrates in Frankfurt, Tel. 069/2123-0/1
2.2-3.2.1991: Nachbereitungstreffen der „direkten gewaltfreien Aktionen“ und Perspektiven für weitere Aktionen.
Die Uni streikt erstmal bis Montag, dann neues Plenum.
Jeden Dienstag zwischen 15 Uhr und 17 Uhr: Mahnwache an der Katarinenkirche. Kontakt: Ingo Laubenthal.
Jeden Freitag um 17 Uhr: Mahnwache vor dem amerikanischen Konsulat. Kontakt: Ingo Laubenthal Tel.: 069/498437 oder 069/5962261.
Jeden Sonntag um 11 Uhr: Blockadeaktion vor der US-Air-Base. Kontakt: s.o.

Ständige Aktionen:
Bonn:
Dauermahnwache vor der irakischen und amerikanischen Botschaft. Kontakt: Bonner Büro Tel. 0228/666752



Friedensdemonstration in Darmstadt

(Foto: Holger Haupt)

Mordfall Hennemann

Wir haben bis heute keine konkreten Anhaltspunkte dafür gefunden, daß Bestechungsgelder für die Informationsbeschaffung seitens der „BILD“-Zeitung geflossen sind. Es war auch kaum zu erwarten, daß sich auf unseren Bericht „Presserast schützt BILD“ der Informant gar selbst stellen würde. Wir verbinden damit lediglich die Hoffnung, daß derart sensible Informationen künftig besser geschützt sind. (red.)

Schritte zum positivem Frieden

von Dr. Wolfgang Vogt
Führungsakademie der Bundeswehr

• „Das Militär hat keine Berechtigung mehr.“ Mittel für umweltverträgliche Alternativprojekte müssen bereitgestellt werden.

• Abkehr von der Abschreckungsstrategie und Verringerung des militärischen Vernichtungspotentials auf ein Mindestmaß. Realistisch gesehen ist zumindest für eine Übergangsphase die völlige Abschaffung der Waffenarsenale aufgrund von absehbarem massiven Widerstand einzelner Nationen nicht durchführbar. „Das verbleibende Mindestmaß an Rüstungspotential muß unter die Obhut einer kontrollierten transnationalen Organisationsform gestellt werden.“

• Der KSZE-Verhandlungsprozeß muß radikal beschleunigt und ein Netz von Konferenzen (Naher Osten, Orient, usw.) nach ähnlichem Muster eingeleitet werden.

• Konfliktverhütung durch aktionsfähige Institutionen ist unbedingt erforderlich. Dabei müssen absehbare Probleme bereits in der Entstehungsphase und nicht erst in der akuten Konfliktsituation behandelt werden. (Der Nah-Ost-Konflikt besteht seit Jahrzehnten)

• Die Abkehr von Großmachtspolitik und Krieg als Mittel zur Konfliktlösung.

• „Voraussetzung für eine positive Friedensentwicklung ist auch und vor allem eine Umorientierung in der Wirtschaft.“ Nicht Gewinnmaximierung und Selbstzweck sondern „Existenzoptimierung“ durch Natur-, Friedens- und Zukunftsverträglichkeit muß ökonomische Zielsetzung sein.

• Der Rüstungsindustrie, die bei Wegfall militärischer Aufträge Umsatzeinbußen hat, muß ein Großprogramm entgegengesetzt und die Arbeitskräfte der Rüstungsbetriebe in alternativen Institutionen beschäftigt werden.

• Die Ungleichverteilung weltweiter Ressourcen muß einer neuen Wirtschaftsordnung weichen, die eine gerechte Verteilung der Rohstoffe und den sparsamen Umgang mit nicht erneuerbaren Energien garantiert. (250 Millionen US-Bürger, d.h. 5% der Weltbevölkerung, sind mit 25% am weltweiten Energieverbrauch beteiligt. „Das kriminelle Agieren der USA zu Lasten anderer Bevölkerungen und der Umwelt entspricht der Durchsetzung der massiven Interessen im Golf.“)

• Nur eine umfassende Umgestaltung der Gesellschaftsstrukturen, eingebunden in eine neue Wirtschaftsordnung, kann auf lange Sicht die Basis für einen „Positiven Frieden“ bilden. Die Menschen müssen durch wachsende Friedenskompetenz und radikale Bewußtseinsveränderungen die treibende Kraft in einem gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozeß darstellen. „Direkte Einflußnahme auf politische Entscheidungen ist hierfür Voraussetzung.“ Angesichts der massiven Existenzbedrohung durch Umweltzerstörung und Massenvernichtungswaffen, begleitet von der Eskalation in weltweiten Krisenherden, müssen konkrete Schritte im Prozeß positiver Friedensentwicklung ohne Verzögerung eingeleitet werden. Ein fiktiver Zeitraum für die Realisierung unumgänglicher Maßnahmen zum Erhalt des Lebens auf unserem Planeten liegt bei 10 bis 20 Jahren.

Dorothea Schütze

THD-Initiative für Abrüstung – Rüstungsgüter bedrohen die Umwelt

Die politische Lage im Nahen Osten und die bundesdeutsche Beteiligung am sich ausweitenden Golfkrieg steht im Mittelpunkt einer sicherheitspolitischen Diskussion, die die THD-Initiative für Abrüstung organisiert hat. Dr. Wolfgang Vogt von der Führungsakademie der Bundeswehr, Fachgruppe Sozialwissenschaften in Hamburg, verknüpft aktuelle Probleme mit grundsätzlichen Überlegungen:

Rüstung bedroht Umwelt

Durch die tiefgreifenden Veränderungen im Europa der letzten Jahre hat die Legitimation für ständige Rüstung an Basis verloren. Das Ende des „Kalten Krieges“ im Ost-West-Konflikt veränderte die Auffassung von militärischer Bedrohung, stattdessen sind die Gefahren durch Umweltbedrohung stärker ins Bewußtsein gedrungen. Die Neben- und Spätfolgen unserer Risikogesellschaft sind selbstgemachte, durch die Produktions- und Lebensweise hochindustrialisierter Staaten erzeugte Bedrohungen, die grenzüberschreitend wirken und zugleich die Souveränität der Staaten gefährden.

Die ökologische Bedrohung besitzt eine andere Qualität als die sichtbare durch Rüstungsgüter (zählbar an der Anzahl von Panzern) und militärisch nicht abwehrbar. Dieser veränderten Risikolage stehen die hochgerüsteten Systeme Europas als Widerspruch gegenüber. Die Rüstungsgüter schaffen durch gigantischen Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung sogar weitere Bedrohungen. „Das Militär stellt die größte potentielle Umweltbedrohung dar, die wir uns geschaffen haben.“

In den letzten 20 bis 30 Jahren hat in westlichen Ländern ein Wertewandel in vielen gesellschaftlichen Gruppen stattgefunden. Werte wie Pflichterfüllung, Gehorsam, Anpassung, Opferbereitschaft, Ordnung und Sauberkeit, die mit bestehenden Militärstrukturen vereinbar sind und eine verhaltenssteuernde Rolle übernehmen, haben an Bedeutung verloren. Sie sind neuen Werten gewichen: Entfaltung der Persönlichkeit, Leben als Genuß, Verantwortung für andere, Zweifel am Fortschrittsglauben, Umweltschutz und friedliche Konfliktlösung. „Das Eingreifen in politische Geschehnisse vor dem Hintergrund eines neuen Demokratieverständnisses hat in Protest- und Massenbewegungen (z.B. Friedensbewegung der 80er Jahre) seinen Ausdruck gefunden.“ Frühere Agrargesellschaften überstanden Kriege vergleichsweise robust. Menschen und Landschaften waren zwar der Gefahr

des Todes und der Zerstörung ausgesetzt, in den meisten Fällen wurden Gesellschaften, die selbstversorgerisch organisiert waren, durch kriegerische Auseinandersetzungen allerdings nicht grundlegend gefährdet.

Heutige hochentwickelte Gesellschaften hingegen sind nur durch das Zusammenwirken vielzähliger Teilbereiche lebensfähig. Im Falle kriegerischer Gewalt führt bereits der Ausfall eines einzigen Gliedes in der arbeitsteiligen Kette zum Kollaps, zum Beispiel der Ausfall der Stromversorgung oder des zentralen Telefonnetzes. Hinzu kommt das Zerstörungspotential der Kriegsführung, das die Folgen bei Einsatz moderner Waffensysteme bis ins Unermessliche steigert. Selbst ohne ABC-Waffen ist es ein leichtes, durch die Zerstörung von Atomkraftwerken oder Chemiefirmen mit konventionellen Waffen jederzeit der Gattung Mensch ein Ende zu setzen

Frieden als Nicht-Krieg

Seit der „Beendigung des Kalten Krieges“ besteht die Chance, aus der Rüstungsspirale auszusteigen und den „negativen Frieden“, verstanden als Zustand des Nicht-Krieges, durch einen „positiven Frieden“ zu ersetzen. Der Westen ist allerdings höchst zögerlich in die Entspannung eingestiegen. „Eine tatsächliche Friedensfähigkeit hat sich noch nicht entwickelt.“

„Sicherheit ist militärisch nicht mehr zu errüsten.“ Trotzdem ist für die Mehrheit (60-70%) der Bevölkerung noch heute das Militär Symbol für Sicherheit. Ein radikales Umdenken wird nötig, um Frieden nicht mehr mit dem militärischen Abschreckungsfrieden zu verwechseln. „Positiver Friede“ bedeutet mehr als das Schweigen von Waffen, er schließt die Verteilungsfrage der Ressourcen (Nord-Süd-Konflikt) mit ein. „Die Illusion, Konflikte könnten mit Gewalt gelöst werden, muß neuen Wegen der Konfliktmeidung und gewaltfreien Konfliktlösung weichen.“

Krieg beseitigt keine Ursachen

Bisher ist das Konfliktverständnis innerhalb unserer Gesellschaft auf das Ende eines Konfliktes fixiert, wobei Krieg als unvermeidlich gilt. Ein Automatismus wird in Gang gesetzt und entsprechende Denkstrukturen schlagen sich in der „High-Noon-Mentalität“ nieder, aktuell zu nennen das Ultimatum für den Rückzug des Irak aus Kuwait. Stattdessen müssen Strategien für die Vermeidung kriegerischer Auseinandersetzungen entwickelt werden. Es wird nicht zwi-

sehen Konflikthanlaß (Einmarsch Husseins in Kuwait) und Konfliktursachen (Nah-Ost-Konflikt, Palästinenser-Frage, Ressourcenverteilung) unterschieden, was einer tatsächlichen Konfliktlösung im Wege steht.

Wenn es also nicht um die Lösung der Ursache eines Konfliktes geht, was will dann die Politik? Welche Ziele und Interessen werden bei einem Krieg verfolgt?

Geht es im Golf-Krieg tatsächlich nur um das Durchsetzen der UN-Resolution oder brauchen die USA etwa aufgrund ihres 150 Milliarden-Wirtschaftsdefizit neue Märkte für ihre Rüstungsindustrie? Militär abschaffen?

„Da von den osteuropäischen Staaten keine unmittelbare militärische Bedrohung mehr ausgeht, stellt sich die Frage nach der Legitimation von Streitkräften.“ Europa ist mit der geplanten Aufhebung der Grenzen 1993 auf dem Weg zur Integration, der Warschauer Pakt existiert faktisch nicht mehr: Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei haben Anträge auf Mitgliedschaft in EG und NATO gestellt. Angesichts der grenzübergreifenden Bedrohung durch Umweltzerstörung können sich die europäischen Staaten nationales Verhalten nicht mehr leisten. „Sicherheitssysteme müssen geschaffen werden, die über nationale Interessen hinaus Gefahren von weltweitem Ausmaß entgegenwirken.“ Heutiges Militär ist derart veraltet im

Hinblick auf die bedrohte Umwelt, daß konkret über die Entsorgung der „Altlast Bundeswehr“ nachgedacht werden muß. Für Handlungsbedarf im Bereich Katastrophenhilfe, bei Aufforstungsprogrammen oder der Bewässerung der Sahel-Zone fehlt es an Kapital, Material und qualifiziertem Personal. „Durch das Abschaffen der Bundeswehr könnte das bisher an militärische Zwecke gebundene Kapital freigesetzt und für die eigentlichen Aufgaben unserer Zeit eingesetzt werden.“

Legitimationsdruck des militärischen Sicherheitssystems

Durch den Wegfall des Ostens als Bedrohung steht das Militär unter extremem Legitimationsdruck: Auf der Suche nach neuen Bedrohungspotentialen spielt der Nord-Süd-Konflikt eine entscheidende Rolle. Die Golfkrise als Anlaß militärischer Beteiligung bundesdeutscher Streitkräfte wird diesem Legitimationsdruck gerecht.

Auch mit den in der Zeitschrift „Bundeswehr Aktuell“ angepriesenen „Guten Diensten“, z.B. Hilfsgüter in die Sahel-Zone, Bekämpfung des Borkenkäfers, usw., soll der Bundeswehr ein zweites Standbein gezimmert werden und unter dem Banner des „Umweltschutzes“ ein neues Funktionsfeld für den „Postmilitarismus“ geschaffen werden.

(D. Schütze)

Der Krieg als TV-Feuerwerk

Medienkritische Anmerkungen zu der jüngsten Vergangenheit

Kurz nach dem ersten Weltkrieg bot ein Schweizer Touristikunternehmen die Sensations-Reise an: Ein Besuch der Schlachtfelder in Frankreich, inklusive der Passformalitäten und allen denkbaren Komforts. Der Anblick der Verwüstungen sorgte für ein angenehmes Grauen und das Gefühl, dabeigewesen zu sein. Neu war diese Idee allerdings nicht: Als Kriegsberichtersteller hatte sich Geheimrat Goethe auf französische Schlachtfelder begeben und entsetzt wieder die Flucht ergriffen. Wir können in Zukunft auf solche Fahrten verzichten, denn wir saßen bei Kriegsausbruch dank ARD und ZDF gleich in der ersten Reihe - und hatten so ebenfalls das Gefühl, dabeigewesen zu sein.

Allerdings mußten wir uns dafür schon die Nacht um die Ohren schlagen, während die Zuschauer in den USA den

Kriegsbeginn zu der besten vorabendlichen Sendezeit serviert bekamen. Ebenso adrett und sauber wie die Filme amerikanischer Werbung waren auch die Bilder, die uns den Krieg im Wohnzimmer präsentierten. Der Bombenhagel auf Bagdad gleicht einem Silvesterfeuerwerk, und die peinlich sauberen Bomber rollen über die Piste einer Airbase, auf der nicht einmal ein Butterbrotpapier zu finden war. Schwiegermutterherzen dürften angesichts solch fescher Bomberpiloten höher schlagen.

Das Zauberwort solcher Berichterstattung heißt Pool-Information und bedeutet, daß kein Journalist ohne offizielle Zensur des Militärs Informationen weitergeben darf. Verboten sind Bilder von Verwundeten, Toten und von Leichensäcken, wie sie von der Armee bereit gestellt sind – ganz zu schweigen von den eigentlichen Leidtragenden, der irakischen Zivilbevölkerung. Dies geschieht weniger aus Rücksicht auf die Zuschauer, um ihnen den Appetit auf das Abendessen zu verderben oder die Kinder zu erschrecken, sondern vornehmlich, um nicht den Kampfwillen der Truppen oder die Kriegszustimmung der Welt-Öffentlichkeit zu untergraben, wie es – allerdings erst in späteren Kriegsjahren – im Vietnam-Krieg geschah.

Dadurch entsteht dieses distanzierte Bild eines sauberen, moralisch leichter zu vertretenden Krieges, das möglichst viele Zuschauer nachhaltig beeinflussen soll. Wir schätzen das Medium Fernsehen wegen seiner Aktualität und sind deshalb versucht zu glauben, es bilde die Wirklichkeit unvermittelt ab. Immerhin weisen die Fernsehanstalten gelegentlich auf die Zensur hin und eine verlegen lächelnde Moderatorin beteuert, wie schwierig es sei, ein stimmiges Bild von der Situation zu gewinnen und zu vermitteln. Wenn uns unsere Enkel einmal fragen, was wir denn beim Ausbruch des Golfkrieges gemacht hätten, so werden wir ihnen erzählen, wir hätten uns alles gleich im Fernsehen angeschaut und seien deshalb nicht dazu gekommen, unseren Protest in der Öffentlichkeit zu vertreten. Ob wir ihnen dann auch sagen können, was sich dort wirklich zugetragen hat, ist nach den heutigen Informationen sehr zweifelhaft.

Gerhard Kölsch

Woher soll die Vernunft kommen...?

Der Vortrag von Dr. Wolfgang Vogt wurde am 15. Januar, am Tag des UNO-Ultimeatums für den Rückzug des Irak aus Kuwait, gehalten. Stunden später starteten die USA ihren ersten Großangriff auf Irak.

Diskussionen über eine Neuordnung gesellschaftlicher und ökonomischer Strukturen werden seit Jahrzehnten geführt und haben heute mehr denn je existentielle Bedeutung. Tatsächlich müssen jetzt und heute eindeutige Schritte unternommen werden, um eine radikale Veränderung der Weltordnung einzuleiten. Allerdings erscheinen die von Dr. Wolfgang Vogt geforderten Reformprozesse auf der Basis von Bewußtseinsveränderung, sprich Vernunft, für eine kurz- bis mittelfristige „positive Friedensentwicklung“ eher unrealistisch. Woher soll die Vernunft derer kommen, die den Erhalt der bestehenden Verhältnisse aufgrund von Kapital- und machtpolitischen Interessen anstreben? Rüstungsbetriebe, multinationale Konzerne und Staaten mit Großmachtbestrebungen hätten bei einer derartigen Neuordnung der Welt sehr viel zu verlieren und würden mit allen Mitteln versuchen, jeglicher Gefährdung ihrer Machtposition entgegenzuwirken.

Auf ein Umdenken von Politikern und Staatsoberhäuptern ist auch kaum zu hoffen, da die überwiegende Mehrheit „unserer Volksvertreter“ in klarem Abhängigkeitsverhältnis zu Industrie und Wirtschaft steht und der Komplizenschaft zu recht bezichtigt werden kann. Zu lasche Gesetzgebung und fehlende Kontrolle ermöglichen das Geschäft mit dem Tod erst. Was hat denn eine an illegalen Rüstungsexporten beteiligte Firma schon zu befürchten? Geldstrafen, die einen geringen Prozentsatz ihres Profits ausmachen, und niedrige Haftstrafen können die kaltblütigen Geschäftemacher keineswegs vom Handel mit Kriegstechnologien, Substanzen und Know-How zur Herstellung von ABC-Waffen abhalten.

Auch die UNO, der Dr. Vogt als transnationale Organisation eine solche Bedeutung beimißt, wird in ihrer derzeitigen politischen Struktur der Zielsetzung, durch Verhandlungen kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden, nicht gerecht. Als der sowjetische Staatschef Gorbatschow am 18. Januar einen Aufruf an den UNO-Sicherheitsrat richtete, den Golfkrieg mit allen verfügbaren Mitteln zu beenden, reagierte UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar mit den Worten: „Jetzt ist nicht die Zeit für Diplomatie“.

Umso mehr gewinnt die von Dr. Vogt für notwendig befundene „Entwicklung von unten“ an Bedeutung, d.h. die direkte Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen. Als Ende letzten Jahres die Kriegsgefahr näherrückte, wurden die weltweiten Proteste gegen ein militärisches Eingreifen im Golf immer lauter. In der Bundesrepublik war in den letzten Tagen und Wochen eine Mobilisierung von breiten Bevölkerungsteilen zu beobachten. Angesichts dieses wachsenden Protestpotentials ist die Hoffnung auf eine Bewußtseinsveränderung, gekoppelt mit aktivem Einsatz für politische Ziele, vielleicht berechtigt. Erstaunlicherweise bilden allerdings ältere Menschen, für die durch Erfahrungen im Zweiten oder sogar noch Ersten Weltkrieg der Krieg eine greifbarere Gefahr darstellt, den kleineren Teil der Demonstranten. Einer großen Mehrheit der Bevölkerung scheint immer noch nicht bewußt zu sein, daß den gewählten Vertretern in den Parlamenten die Politik nicht überlassen werden darf.

Besonders positiv ist der große Anteil an Schülern, die ihre erste Demonstrationserfahrung machen. Sie erleben, daß es durchaus möglich und notwendig ist, sich zu aktuellen Themen zu Wort zu melden. Es bleibt zu hoffen, daß es immer mehr werden, die Position beziehen und diese in aktives Handeln umsetzen.

Dorothea Schütze

Siegesbewußter Kanzler und Helmut Kohl

CDU-Landtagswahlkampf in Darmstadt: Bundeskanzler, Ministerpräsident, Fraktionsvorsitzender und Kandidaten stellen die politische Spitze der CDU dar. Mit viel politischer Prominenz versuchen die Christdemokraten die Wähler für ihre Politik zu begeistern.

Es ist ihnen nicht gelungen, in Hessen ihre Koalitionsregierung mit der FDP aufrechtzuerhalten. Dennoch ist es interessant, des Kanzlers Rede zu lesen:

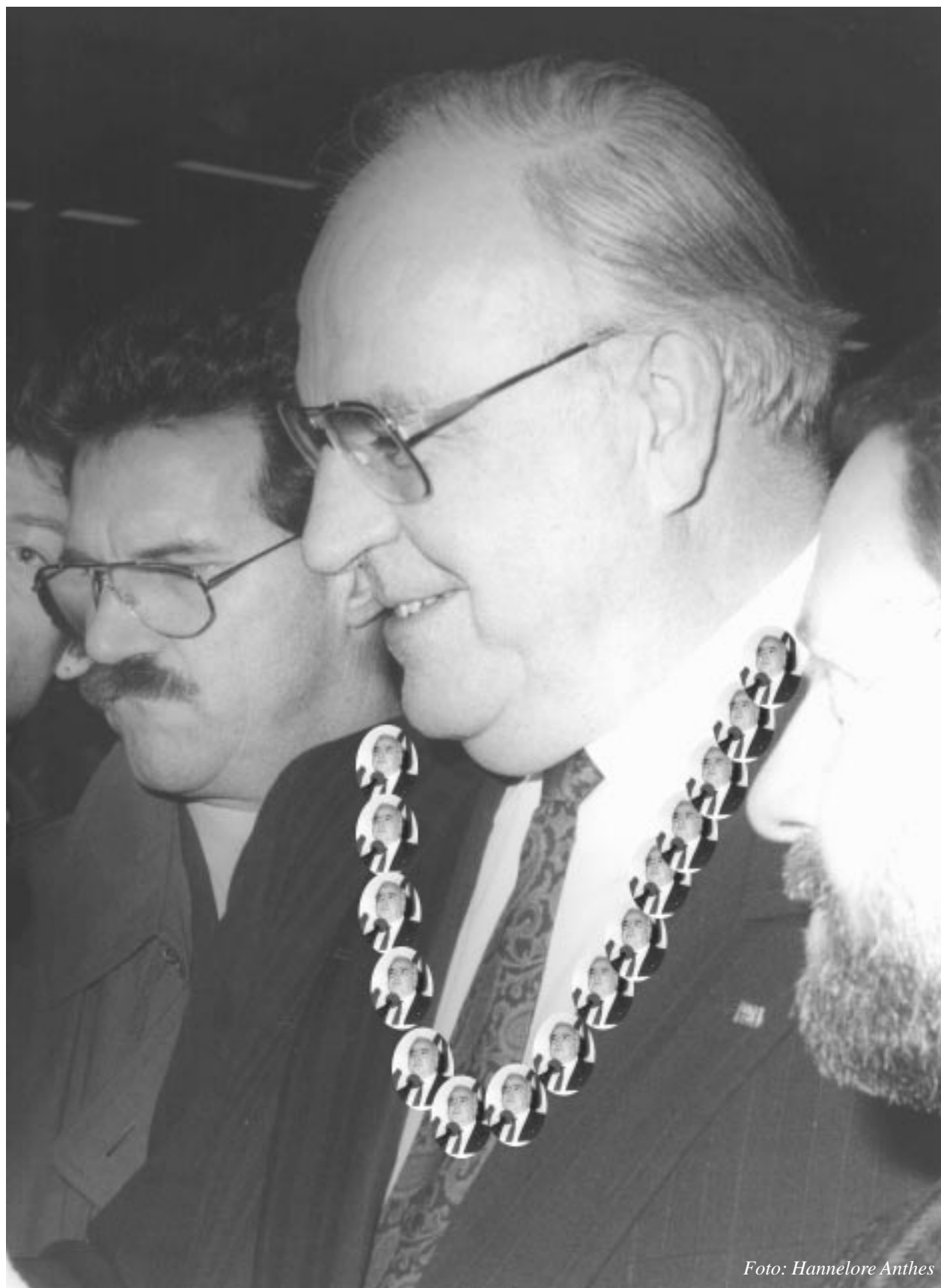


Foto: Hannelore Anthes

Waren es zweitausend, dreitausend oder mehr DarmstädterInnen, die neugierig der Wahlkampfveranstaltung der CDU gefolgt waren? Aus Fernsehfilmen und Zeitungen kennt jeder Helmut Kohl - ihn aber direkt zu hessisch-darmstädtischen Themen sprechen hören, ist doch etwas anderes. Worin liegt der feine Unterschied zwischen Wahlpropaganda und dem, was dieser Mann tatsächlich glaubt und wofür er eintritt? Ist es möglich, das herauszuhören?

Angst hat Helmut Kohl nicht. Die Sicherheitskontrollen am Böllenfalltorstadion sind oberflächlich, lasch und können für nichts garantieren. Sein Auftritt ist in der Gestik bestimmt, selbstsicher - ja siegesbewußt (nicht nur wegen des Wahlkampfes). Seine Vorredner, Walter Wallmann und Gerd O. Pfeffermann, verblissen,

als er auftritt: Mit Stimmengewalt und dem unverkennbar pfälzischen Zungenschlag läßt er sich durch nichts und von niemandem irritieren: Wer pfeift oder zwischenruft, und da gibts gar viele, wird - das ist wohl vielgeübte Professionalität - mit scharfer Polemik gemäßregelt:

„Es gibt immer noch ein paar, die die rote Fahne schwenken,...

obwohl sie bereits eingerollt ist“. Für seinen Nachsatz bürgt nicht mehr das harte Geschäft Politik, das spricht Kohl: Daß es immer noch Menschen gibt, die dem Sozialismus / Kommu-

nismus nachhängen, das kann ich nicht verstehen“.

Eigentlich will der Kanzler seinem Ministerpräsidenten zu einem Wahlerfolg verhelfen. Seine Laudatio auf Wallmann aber und seine Hessen-Kenntnisse treten in den Schatten seiner Deutschland- und Europa-Politik. Gerade so, als ob in Hessen außer Schulen, einer schnellen Bahnverbindung und den Universitäten nichts zur Diskussion anstünde, denn: „Wir haben viel Grund zur Zufriedenheit.“

Wohnungsnot, Verkehrsprobleme, sterbende Wälder, Asylanten- und Aussiedlerschwemme - sind das alles nur Randerscheinungen, notwendige Übel, die als Tribut für Wohlstand, Fortschritt und Einheit in Kauf genommen werden? Oder fallen sie unter „die falsche Sicht der Politik“, in Umkehrung des Kanzler-Zitates von

der Notwendigkeit der „richtigen Sicht der Politik“?

Diese markigen Worte unseres Kanzlers, sind sie nur Wahlkampf?: „Am 31.12.1992 ist Europa mit 330 Millionen Menschen der größte Markt, auf dieses Ziel müssen wir uns einrichten!“ „Wir wollen aus der Geschichte lernen (gerade so, als ob nur das Geschichtsbuch aufgeschlagen werden muß), daß wir nicht wieder Nationalitätsvorstellungen von vor hundert Jahren praktizieren“. Des Kanzlers „richtige Sicht“ von Politik: „Warum sollen wir nicht ansteuern, daß alle in Europa Wohlstand haben werden?“

„An der Oder darf keine Wohlstandsgrenze entstehen!“

Wie sich Helmut Kohl das vorstellt: dreihunderttausend Kinder haben vor Weihnachten Millionen gesammelt für die Mitmenschen im Ostblock. Dazu zählt auch der „selbstverständliche Beitrag von uns allen“ über die Erhöhung der Telefongebühren: „Wer gesagt hat, das kostet uns zuviel, der...“ so der Kanzler.

„Ich bleibe bei meiner These, daß da blühende Landschaften sein werden, in Sachsen,...

in drei, vier, fünf Jahren... Auch die Autos werden vom Band rollen“, so beschreibt Helmut Kohl die Zukunft der ehemaligen DDR, und auch der Kanzler findet keinen Widerspruch, wenn Helmut Kohl fortfährt: „Wir wissen, daß wir mit der Natur behutsam umgehen müssen... durch vernünftige ökologische Politik“.

Noch einmal die „richtige Sicht der Politik“: „Überlegen Sie sich doch einmal, wenn sich der Golf-Konflikt vor fünf Jahren ereignet hätte. Wir hätten befürchten müssen, daß er sich auch zu uns überträgt. Wir müssen alles tun, daß verhandelt und nicht geschossen wird“, sagt wieder Helmut Kohl und der Kanzler hebt mahnend die Stimme: „aber daß es niemand gestattet ist, das Völkerrecht mit Füßen zu treten“ - um welchen Preis, Kanzler Helmut Kohl? „Für die Zukunft unseres Vaterlandes!“?

Der Herausgeber

Biedermanns-Kommode

Hatten Sie früher Probleme mit der Wortwahl, ob „Bundesrepublik“, „Bundesrepublik Deutschland“ oder nur „Deutschland“ wohl die angemessene Bezeichnung sei? Heute bereitet das anscheinend kaum noch jemandem Kopfzerbrechen. „Deutschland“ ist als Bezeichnung ebenso selbstverständlich, wie das Heraushängen von Schwarz-Rot-Gold. Der Wandel hat sich innerhalb von fünf Jahren mit immer schnellerem Tempo vollzogen - bis hin zur Selbstverständlichkeit. Ist das Nationalstaatsdenken? Christ- und Sozialdemokraten sagen „Nein!“ - sie sehen das heutige Deutschland gewissermaßen als Zwischenstation vor einem geeinten Europa.

Wie, wenn ein geeintes Europa nichts anderes wäre, als nationales Denken auf größeren Lebensraum bezogen? Wie, wenn Deutschland darin nicht nur als Wirtschaftsgigant die Führungsrolle übernehmen wollte? Deutschland auf dem demokratischen Weg zur Großmacht im kommenden Jahrzehnt?

Die Verlagerung von heute noch auf das Nationale begrenzter Macht auf europa-nationale Macht-Zusammenballung - ist das erstrebte Ziel unserer guten Deutschen? Eines ist allemal gewiß und kaum übersehbar: Konservatives Denken gewinnt zunehmend an Boden. Linksdenken - gleich welcher Couleur, ob sozialistisch oder kommunistisch, verliert immer mehr an Boden. Korruption, Fehlplanung und Machtmißbrauch in den Ländern des Ostens werten die Demokratie und die Marktwirtschaft über alle Maßen auf. Der wirtschaftliche Erfolg beweist kurz alles. Ist er einziger Maßstab?

Eine andere, neue, zeitgemäße Politik-Theorie findet sich nicht als Bewegung, allenfalls als unscharfes Wunschdenken von „Basisdemokratie“ oder als geforderte „Einflußnahme auf Entscheidungen der Politiker“

Konservative Folge: Kritik an Regierenden und ihrem Handeln (oder

auch Nicht-Tun) wird fehlverstanden nicht etwa nur als Miesmacherei, Besserwisserei oder Mochte-Gern-Wer-Sein, schlimmer noch, als Links-Denken. Konservatismus bewegt sich in Schubladen-Kategorien: Eine für die CDU, für die SPD, die FDP, die Grünen nicht zuletzt auch für Links - oder alles, was man meint dort ansiedeln zu müssen. Wer nicht in Biedermanns Kommode paßt, wird kurzerhand hineingezwängt.

Fortschritt ist in heutigem Konservatismus gleichbedeutend mit wirtschaftlichem und technischem Erfolg. Global besehen beinhaltet er den Rückschritt trotz besserer Technologie, auch und vor allem ethisch: Die bessere Kriegswaffe führt zu mehr Tod und Zerstörung neben dem kalten menschenverachtenden Zynismus auch zivilisatorischer Errungenschaften, der Umwelt und ihrer natürlichen Ressourcen. Das ist ja schon wieder Kritik - von links? Von rechts? Ist das Woher nicht egal?

Der bestehenden Gefahren - ob Klimazerstörung, Waldverlust, Wasser- und Luftverschmutzung - sind sich alle bewußt. Aber auch das ist Bestandteil konservativen Denkens: Die kleinen Fortschritte (z.B. im Umweltschutz) als die großen zu feiern - weil sie in der Vergangenheit ja vielleicht wirklich einmal großer Fortschritt waren.

Das hat nicht mit Politik allein zu tun, sämtliche Gesellschaftsbereiche sind davon erfaßt: Es gibt kaum etwas Langweiligeres, als Schillers „Don Carlos“, wie vor Weihnachten in Darmstadt auf die Bühne gebracht, mit Schauspielern verkleidet als Manager und Bankfachleute, die bürgerlichen Kampfgeiste („die Gedanken sind frei“) nicht nur halb unverständlich, sondern auch noch so anpreisen, als ob Kredite ausgehandelt werden sollten. Schon wieder Kritik! Von links? Unsinn. Von rechts? Unsinn. Woher dann? Michael Grimm

GI's in Handschellen an den Golf

Kriegsgegner im Gespräch mit US-Konsul in Frankfurt

Um vor Vertretern der amerikanischen Regierung die Behandlung von GI's anzuprangern, vereinbarten drei VertreterInnen der Friedensbewegung einen Gesprächstermin mit dem US-Generalkonsulat in Frankfurt. Von Seiten des Konsulats waren Vizekonsul Timothy Scherer und Mr. Frazier an der Unterredung beteiligt. Die Presse wurde nicht zugelassen.

Wenige Stunden nach dem Treffen sprachen wir mit Iris Stavenhagen und Ingo Laubenthal, um uns von dem Gespräch berichten zu lassen:

Zu Beginn des Gesprächs übergab Ingo Laubenthal (Initiative „Frieden am Golf“) einen Brief an den amerikanischen Präsidenten George Bush, in dem gewaltfreie Blockaden von Militäreinrichtungen, die an den „verbrecherischen Kriegsvorbereitungen“ beteiligt sind, angekündigt werden. Regelmäßig soll sonntags ab 11 Uhr der größte Frachtflughafen der US-Armee außerhalb der Vereinigten Staaten, die Rhein-Main Air-Base in Frankfurt blockiert werden. „Wir wollen lebendige Stoppschilder sein und ausdrücken, daß der Krieg nicht weitergehen darf“, erläuterte Ingo Laubenthal die gewaltfreien Aktionen.

In der knappen halben Stunde, die den drei VertreterInnen für das Vorbringen ihrer Forderungen zugebilligt worden war, kamen drei Themen zur Sprache.

US Soldaten verweigern Kriegsdienst

Tilmann Kissenkoetter (Deutsche Friedensgesellschaft), der Kriegsdienstverweigerer betreut, brachte den Fall von drei GI's zur Sprache, die „unter Ausschöpfung aller legalen Möglichkeiten“ den Kriegsdienst am Golf verweigert hatten und trotzdem gewaltsam ins Krisengebiet abtrans-

portiert worden seien. Es handelt sich hierbei um Derrick Andrew Jones, Brian Cenca und David Owen Carson, die alle im Dezember 1990 einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt hatten. Die Anträge wurden nach Aussage von Tilmann Kissenkoetter nicht bearbeitet, und obwohl zwei von ihnen sogar eine mündliche Zusage bekommen hatten, nicht nach Saudi-Arabien geflogen zu werden, wurden alle drei unter scharfer Bewachung und teilweise mit Hand- und Fußschellen in den Golf abtransportiert. Tilmann Kissenkoetter wies darauf hin, daß es sich keineswegs um Einzelfälle handle. „Hier wird das Menschenrecht mit Füßen getreten“, bekräftigte er seine Forderung, die GI's unverzüglich nach Hause zurückkehren zu lassen. Es ist nicht bekannt, wo sich die drei Männer zur Zeit befinden. Am Golf stationierte Kriegsdienstverweigerer haben im Gegensatz zu anderen GI's nicht die Möglichkeit, sich mit ihren Familien in Verbindung zu setzen. Auch wird vermutet, daß „Verräter“ als erste an die Front geschickt und „verheizt“ werden.

Pressezensur aufheben

Iris Stavenhagen („Kampagne gegen Rüstungsexporte“) forderte den Vizekonsul als Vertreter der USA auf, die Pressezensur einzustellen. Zwar gebe es um den Golfkrieg einen „Riesen-Pressespektakel“, über Opfer werde allerdings nicht gesprochen. Die offizielle Begründung für die Zensur bei der Kriegsberichterstattung, es handle sich um militärische Geheimnisse, wertete Iris Stavenhagen als Vorwand. Der eigentliche Grund liege in dem Interesse der USA, Kritiker mundtot zu machen. Die Opfer im Golfkrieg zu verschweigen, „soll den Protest und die Empörung der Weltöffentlichkeit niedrig halten“.

Zu den dargelegten Forderungen

hatten die drei VertreterInnen der Friedensbewegung um eine Stellungnahme von Seiten des Konsulats gebeten. Nach eigenen Aussagen waren sie allerdings bestürzt, mit welcher „kühlen und unberührten Geschäftsmäßigkeit“ Vizekonsul Scherer mit dem Standardatz „Ich werde es weiterleiten“ auf die angesprochenen Probleme reagierte.

Zweimal hatte sich der Vizekonsul in das „Gespräch“ eingeschaltet. Einmal, als es um die Forderung ging, die drei US-amerikanischen Kriegsdienstverweigerer nach Hause zurückkehren zu lassen, verwies er auf die in solchen Fällen „zuständigen Militärbehörden“. Er könne sich in den Grenzen seiner Kompetenz nicht weiter dazu äußern.

„Anti-Amerikanismus?“

Ein zweites Mal ging es um die Frage, ob die Friedensbewegung denn auch vor irakischen Botschaften demonstriere, was die drei nur mit „Ja, natürlich“ beantworten konnten. Wiederholt wiesen sie darauf hin, daß ihre Friedensarbeit nicht als „Anti-Amerikanismus“ mißverstanden werden solle, sondern als Ausdruck von Bemühungen, sowohl Saddam Hussein als auch George Bush von der Notwendigkeit einer friedlichen Lösung im Golf-Konflikt zu überzeugen.

Gegen Ende des „Gesprächs“ forderten sie den Vizekonsul und Mr. Frazier (der schon ungeduldig auf die Uhr schaute) auf, noch fünf Minuten zu bleiben und gemeinsam schweigend der Kriegsoffer zu gedenken. Sehr betroffen stimmten die drei VertreterInnen der Friedensbewegung die Worte, mit denen Mr. Scherer daraufhin den Raum verließ: „Wir haben selbst Familie am Golf“. Vor der Tür informierte er den Sicherheitsbeamten am Empfang: „Diese Leute halten da drin irgendeine private Session ab. Ich denke, sie werden wohl bald gehen.“

D. Schütze

Die Hand bestimmt nicht zum letzten Mal zum Hitlergruß erhoben

Auch die Berufung hat ihm nichts gebracht, und so wurde das am 30. Mai 1990 in der ersten Instanz gegen Heinz Reisz gefällte Urteil aufrechterhalten. 40 Tagessätze zu 20 DM lautete das gleichbleibende Urteil der 14. Strafkammer des Landgerichts Darmstadt am 10.1.91.

Anlässlich des 100. Geburtstags von Adolf Hitler hatte sich der arbeitslose Brunnenbauer Heinz Reisz (53) am 20. April 1989 mit ca. 50 Kameraden in der Gaststätte „Burgterrasse“ im Landkreis Breuberg-Sandbach zu einer Gedenkfeier zusammengefunden, um anschließend dem Verstorbenen auf der Burg Breuberg zu huldigen (wir berichteten darüber). Aufgrund eines Pressefotos im „Spiegel“ (Nr.17/89) konnte Heinz Reisz eindeutig als einer der drei Personen identifiziert werden, die mit erhobener rechter Hand den Hitlergruß ausführten, wobei die restlichen Teilnehmer, die im Halbkreis angetreten und auf dem Foto zu erkennen waren, von einer Anklage verschont blieben. Sie grüßten mit dem „Widerstands-

gruß“, (kleiner Finger und Ringfinger angewinkelt, Daumen, Zeige- und Mittelfinger gespreizt).

„Sie haben sich persönlich und dem deutschen Volk keinen Gefallen getan“, lamentierte Reisz unmittelbar nach der Urteilsverkündung. Schon während der Verhandlung hatte Reisz des öfteren gestört, um in lauten Zwischenrufen seine neonazistische Propaganda vom Stapel zu lassen. „Sie fällen ein Gesinnungsurteil“, beschwerte er sich, wobei er von Staatsanwalt Balß, dem der Angeklagte seit fast 12 Jahren in Verbindung mit ähnlichen Fällen bestens bekannt ist, wiederholt mit der Sachlage im Sinne der Strafgesetznordnung vertraut gemacht wurde. Das Erheben der Hand zum Hitlergruß verstößt eindeutig gegen § 86 des StGB, „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“.

Der Sachverhalt ist also klar. Der Urteilspruch wurde allerdings inhaltlich abgeändert. Die Anschuldigung, Reisz habe vor dem Veteranen-Treffen eine Pressekonferenz abgehalten, wurde aus Mangel an

Beweisen fallengelassen. Reisz gab wohl zu, an besagtem Abend die Presse empfangen zu haben, bestand aber auf dem privaten Charakter dieses Treffens. Der Wegfall dieser Anschuldigung aus dem Urteil gewinnt insofern an Bedeutung, da das den Verdacht nahelegte, daß Reisz nicht nur Mitläufer, sondern Drahtzieher und Organisator von neonazistischen Aktionen sein könnte. Reisz kündigte an, innerhalb der einwöchigen Frist nach der Urteilsverkündung Revision einzulegen. Der Revision wird wahrscheinlich nicht stattgegeben, und auch bei seiner Direktkandidatur in den Landtag auf dem 9. Platz der Landesliste für den Wahlkreis 44 unter dem Motto „Deutsches Hessen“ hatte er keine Chance.

Es bleibt abzuwarten, wie bald der Unbelehrbare wieder vor Gericht stehen wird. Das so mild ausgefallene Strafmaß, (die Höchststrafe beträgt 3 Jahre Haft), wird ihn wohl auch in Zukunft kaum von der Agitation abhalten.

Dorothea Schütze



Protest am Riegerplatz (Foto P.Horn)

Aus der Waldkolonie

Respekt!

Wegen der kriegerischen Auseinandersetzungen am Golf haben die Darmstädter Karnevalsvereine einstimmig ihr gesamtes Programm für dieses Jahr abgesetzt. Sie nehmen dabei finanzielle Verluste in Kauf, die manche der kleineren Vereine bis an den Rand des Ruins bringen werden. Für den CV Waldkolonie beziffert sein stellvertretender Vorsitzender Peter Löffler die Einbußen auf „mehrere Tausend Mark“. Löffler hofft, daß bereits engagierte Kapellen und andere, denen gegenüber die Vereine finanzielle Verpflichtungen haben, Solidarität üben und diese nicht einfordern oder wenigstens reduzieren. Er bittet auch jene, die bereits Eintrittskarten gekauft haben, von der Rückerstattung keinen Gebrauch zu machen.

Kein Respekt!

Empört teilt uns Frau Langohr aus der Siedlung Tann mit, daß der dort ansässige Schießclub „munter weiter herumballert wie bisher“. Vom Tage des Ablaufes des Ultimatums an den Irak bis zum Samstag, dem 19.1. sei der Schießbetrieb „normal weitergelaufen“. Ein anderer Anwohner, der um Einstellung des Schießbetriebes bitten wollte, war aus Zorn und Scham über die Argumente seines Telefon-Gegenübers nicht mehr fähig, das Gespräch weiterzuführen und legte auf.

Prüfung

Mit Einführung der Tempo-30-Zone in der Waldkolonie zwischen Dornheimer-, Zweifalltor-, Trauben- und Wedekindweg sind u.a. im Traubenweg Parkzonen eingerichtet worden. Zum Teil wird aber auch außerhalb der markierten Zonen geparkt. Als Mittel der Verkehrsberuhigung ist eine solche Einrichtung zwar zu begrüßen, doch wenn Begegnungsverkehr gelegentlich zum Risiko wird (vor allem für RadfahrerInnen), sollte sich die Verkehrsbehörde vielleicht einmal darum kümmern.

ESOC baut

Seit kurzer Zeit ist auf dem Gelände der ESOC ein Bauvorhaben zu besichtigen, begleitet von einem extremen Parknotstand. Im Gespräch mit Herrn Bernhard Hansen, der mit allen Baumaßnahmen der ESOC betraut ist, haben wir den Inhalt der Baumaßnahmen erfahren. Entlang der Rabenastraße entsteht derzeit ein Parkhaus nach dem „split-level“-Verfahren, also in „halbgeschossiger Bauweise“. Es soll ein kompaktes, die Flächenausdehnung reduzierendes Gebäude mit zunächst 350 Parkplätzen ergeben, mit

Neuer Anstrich für Hessen: Rot-Grün

Bei der Hessenwahl haben sich die Machtverhältnisse genau umgekehrt. Ein müde und lustlos gewordener Walter Wallmann, von Pannen und Affären gebeutelt, umgeben von einer mittelmäßigen Ministerriege, die ihren schmalen Bekanntheitsgrad in vier Jahren kaum hatte vergrößern können, steigt aus der Politik aus und geht zurück in seine Anwaltssozietät.

Ein unterschätzter Hans Eichel hat sein Programm solide und nicht unüberzeugend durchgezogen; Joschka Fischers Grüne haben sich als dritte Kraft im neuen Hessischen Landtag deutlich behaupten und jene Signale an die Bundes-Grünen senden können, die - so scheint es - alleinige Orientierungsfunktion haben, um ihr politisches Überleben zu garantieren. Die uninteressante Hessen-FDP blieb ein Muster ohne Wert und ist dennoch gut genug bedient worden. Hessen war nie ein CDU-Land, gleichwohl wäre es fahrlässig, nun von einem vierjährigen CDU-FDP-Zwischenspiel zu reden: Nur wenn Rot-Grün - und nichts anderes wird es geben - die kommende Legislaturperiode eisern durchhält und die politischen Felder (Schule, Wohnungsbau, Energie und Verkehr, Frauen) überzeugend bearbeitet, wird diese Koalition mehrheitsfähig bleiben, dann allerdings deutlicher vorn liegen als jetzt. SPD und Grüne haben in den letzten Wochen in Darmstadt und im Umland gut gearbeitet. Zwischen Groß-Gerau I und II, Darmstadt Stadt I und II, Darmstadt-Dieburg I und II und Odenwald haben sich ausschließlich SPD-Kandidaten direkt durchgesetzt, lediglich die beiden Bergstraßen-Wahlkreise gingen an die CDU.

Immerhin erstaunlich ist es, daß Rüdiger Moog (CDU) gegenüber Karl-Hermann Ritter (SPD) in Darmstadt-II (Süd) so deutlich abgeschmiert ist. Immer dominanter wird: Darmstadt ist die grüne Hochburg in Hessen, und das kommt nicht von ungefähr. Die SPD-Politik in dieser Stadt hat das kontinuierliche Wachsen der Grünen erheblich begünstigt und wird sie weiter stärken, wenn sie sich unfähig zeigt, grüne Potentiale bei dem Umbau unserer Stadt zu nutzen. Der ist mit der FDP und auch mit der gegenwärtigen SPD schwerlich möglich. Ob die Hoffnung berechtigt ist, daß Hans Eichel, der hier häufiger mal hereingeschaut hat, die hiesigen Gehoborn-Pläne noch einmal aufrollt?

Ingulf Radtke

Die niedrige Wahlbeteiligung insgesamt werte ich als Zeichen für zunehmende Politik-Verdrossenheit. Wen wundert's, verhalten doch Proteste ungehört. Nöte werden einfach heruntergerechnet und in der Tagespolitik übergangen. Klar, denn die Politik hat sie selbst mitverantworten. Wohnungsnot ist von den großen Parteien ebenso hausgemacht, wie zunehmende Verkehrsprobleme und Umweltzerstörung.

Geradezu grotesk mutet die „Volksabstimmung“ an: Da haben die Wähler gewählt und letztlich entscheiden die Richter, ob die Kreuzchen überhaupt gültig sind. Was hat so etwas noch mit einer Abstimmung des Volkes zu tun, wenn doch andere über eben dieses Volk und seine Stimmberichtigung entscheiden? Verzeihung - aber ich fühle mich genept.

Wählen heißt zwischen Alternativen entscheiden können...

Der Herausgeber

Landtagswahl: Darmstädter Ergebnisse in Prozenten (erfaßt sind die Zweitstimmen; in Klammern die Ergebnisse von 1987)
Darmstadt-Stadt I (Nord)
CDU: 32,1 (36,0); SPD: 39,2 (37,8); Grüne: 17,5 (16,9); FDP: 8,1 (8,9)
direkt gewählt: Kurt Weidmann (SPD)
Darmstadt-Stadt II (Süd)
CDU: 34,7 (38,9); SPD: 41,1 (39,0); Grüne: 12,3 (12,3); FDP: 8,8 (9,4)
direkt gewählt: Karl Hermann Ritter (SPD)
Über die Landesliste wurden aus Darmstadt in den Hessischen Landtag gewählt:
Otti Geschka (CDU), Daniela Wagner-Pätzhold (Die Grünen) und Ruth Wagner (FDP).

Von der Sucht weg –

Der schwere Gang zurück in die Normalität

Rund 100 000 Heroinabhängige leben bereits jetzt nach Schätzung von Experten in der Bundesrepublik – mit Tendenz nach oben, weil die Dealer ihren Handel auf die Gebiete der neuen Bundesländer ausdehnen werden. Zugleich nimmt auch die Beschaffungskriminalität zu.

So braucht z.B. ein Hamburger Heroinsüchtiger (dort in der Nähe des Hafens ist die Droge billiger als anderswo) pro Tag ca. 150 Mark, die durch Prostitution, Dealerei, Einbrüche, Diebstahl oder Raub beschafft werden. Die Todesraten der Süchtigen steigen ebenfalls: 1400 Drogentote pro Jahr sind die traurige Bilanz. Henning Voscherau, Hamburgs Erster Bürgermeister, hat seit 1989 wiederholt unkonventionelle Vorschläge zur Drogenpolitik gemacht, die in der übrigen Republik zum Teil mit Entsetzen aufgenommen worden waren. So hatte er etwa gefordert, das Betäubungsmittel- und Strafrecht so zu ändern, daß künftig sowohl Methadon als auch harte Drogen an Süchtige ausgegeben werden können und die Methadon-Behandlung "zu einem normalen Standard in der Behandlung der Opiatabhängigkeit weiterzuentwickeln". Es geht dabei nicht um Freigabe. Vielmehr soll der Staat in die Lage versetzt werden, unter strenger Kontrolle und medizinischer Aufsicht die unentgeltliche Verteilung in die Hand zu nehmen. In Bremen hat die Gesundheitssenatorin Vera Rüdiger (SPD) ein Programm durchgesetzt, nach dem die Ersatzdroge Methadon ärztlich kontrolliert an Heroinabhängige ausgegeben werden kann - an etwa dreimal so viele Fixer wie in Hamburg. Versuche in diese Richtung gibt es ansonsten noch in Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Grundsätzlich heißt es aber, daß die Vergabe von Methadon an zu hohe Eingangsvoraussetzungen geknüpft ist. Außerdem gilt sie unter Ärzten als umstritten. Die Krankenkassen bezahlen für die Methadon-Therapie nichts - die Kosten trägt die/der Süchtige, in Darmstadt werden gegenwärtig fünf Süchtige behandelt. Eine von ihnen war bereit, sich mit uns zu unterhalten.

■ Weg von der Nadel

Astrid lebt heute nicht mehr in der Stadt, in der sie ihren mörderischen Kampf mit der Sucht austrug. Sie besucht sie gelegentlich, auch um dort an der Drogenberatung teilzunehmen, und plant dann ihre Wege exakt: Der Besuch einer (drogenunabhängigen) Freundin gehört dazu, einige Einkäufe in bestimmten Geschäften, dann wieder mit der Bahn zurück nach Hause. Sie hat damit für sich ein „System der Sicherheit“ aufgebaut, folgt einem „strengen Programm“. Dieser Schutz, mit dem sie sich umgibt, gewährt keine

„100-Prozent-Garantie“,

zumal ihr das Fixer-Milieu immer wieder begegnet, denn welche Stadt ist schon frei davon? Astrid geht einer geregelten Arbeit nach, hat eine Vertrauensstellung und bemüht sich um eiserne Disziplin. Die Fixer-Vergangenheit lastet schwer auf ihr, auch finanziell: Einige Jahre lang muß sie noch Schulden abzahlen.

Astrid war drogenabhängig, der Zeitraum ihrer Sucht betrug etwa 15 Jahre, immer wieder durch Zeiten des Clean-Seins unterbrochen, durch andauernde Versuche, von der Droge wegzukommen. Sie hat alle üblichen Therapien und Nachsorge-Programme hinter sich. Will man vom Heroin weg, gibt es nur diesen Weg: Das Glück zu haben, einen stationären Therapieplatz zu erhalten, auf den man oft monatelang warten muß (die

Alternative ist häufig der Knast), oder man unterwirft sich einer ambulanten Behandlung, und das heißt: einmal wöchentlich therapeutisches Gespräch und Urinkontrolle. Weg von der Nadel heißt: keine Arbeit, Schulden über Schulden, keine Freunde, eventuell auch keinen Lebenspartner, nur selten eine Familie, die zur Unterstützung bereit ist, Knastfurcht. Schafft man es, trotz des polizeilichen Führungszeugnisses einen Arbeitsplatz zu finden, gerät man in einen „Wahnsinnsdruck“: „Ich muß doppelt und dreifach beweisen, daß ich zuverlässig bin, damit mein Arbeitgeber weiß: O.K., sie hat einen dunklen Punkt in ihrer Geschichte, aber sie bemüht sich.“

■ Quälender Entzug

Unter ärztlicher Aufsicht hat Astrid das codeinhaltige Ersatzmittel Remedacen genommen, „das ist nicht ideal, aber besser als nichts“. Heute wird sie mit Polamidon behandelt. Das ist ein linksdrehendes Leva-Methadon – das in der BRD einzig zugelassene Mittel. Es handelt sich bei Polamidon um ein synthetisches Opiat. Die Wirkung hält 24 bis 36 Stunden an, und während dieser Phase hat man keinen Entzugsdruck, der Kopf wird frei, Schritte in die sogenannte Normalität werden möglich. Frühere Entzugserscheinungen, berichtet Astrid, waren fürchterlich: „Das Selbstwertgefühl geht völlig verloren, man fühlt sich schmutzig, fällt gelegentlich in tiefste Depressionen, alle möglichen seelischen und körperlichen Probleme stellen sich durch den Entzug ein.“ Es kommen lähmende Angstzustände auf, die es einem unmöglich machen, vor die Tür zu gehen. Sie hat dann trainiert, diese Angst zu überwinden, ging bis zur nächsten Ecke, später noch ein Stückchen weiter, versuchte den Ratsschlag „mach dir doch künstlich Freude“ aufzugreifen, im Hinterkopf ständig die Hoffnung:

„Es muß doch mal ein Ende in Sicht sein, die vielen winzigen Schritchen, die ich mache, müssen mich doch einmal herausführen!“

Während der Remedacsen-Behandlung unternahm sie den Versuch, langsam herunterzudosieren, er mißlang. Weder körperlich noch seelisch waren für Astrid auch nur Anzeichen der Regeneration sichtbar, obgleich sie in die Therapie ihr ganzes eigenes Wollen eingebracht hatte. Gegen den Rat ihres Arztes unterzog sie sich dann in der Klinik der „brutalen Therapie“, also ohne Ersatzdrogen, und ging schließlich zur Ersatzdroge Polamidon über. Und das ist so einfach nicht: Das Oberlandesgericht mußte entscheiden, ob ein Arzt diese Therapiemethode anwenden darf und die Freigabe erteilen. Nur der Arzt oder eine Helferin sind berechtigt, das Mittel in der Apotheke abzuholen und es der Patientin zu verabreichen. Sie bekommt das Mittel nicht in die Hand (muß es nur bezahlen, je nach Dosierung täglich ca. 15 Mark), trinkt es in Orangensaft in der Arztpraxis. In Astrids Fall wohnt der Arzt nicht im Ort, d.h. sie ist jeden Tag (auch samstags und sonn-

tags) einige Stunden unterwegs, um an die verordnete Ersatzdroge zu kommen.

„Man muß darauf deutlich hinweisen“, sagt Astrid, „daß Methadon selbstverständlich eine Droge ist. Nur, sie ist nicht stimmungsaufhellend, man fühlt sich einfach nur normal“.

Wenn man Heroin spritzt, ist die Wirkung euphorisierend. Deshalb halten viele die Methadontherapie, die einem nur das Quälende des Entzugs nimmt, nicht durch, weil Methadon nicht den bekannten und ersehnten Kick bringen kann. Sie spritzen dann häufig weiter.“ Deshalb ist mit der Methadonbehandlung auch eine ständige Kontrolle des Urins verbunden, um auszuschließen, daß weitere Drogen genommen werden.

Astrid lebt gesundheitsbewußt, zieht bei Krankheiten Naturheilverfahren vor, war bei Homöopathen. „Sie müssen wissen“, sagt sie, „diese quälenden Entzugserscheinungen früher, die einen in völlige Antriebslosigkeit und Depressivität werfen, schlau machen ja auch den Körper unglaublich: Man wird von Durchfällen gepeinigt, hat Mineralstoff- und Vitaminmangel, der Blutdruck geht in den Keller - es geht einem einfach abgrundtief schlecht. Und obwohl ich nicht wehleidig bin - oft hatte ich das Gefühl totaler Hoffnungslosigkeit. Wenn man so etwas durchgemacht hat, entwickelt man eine besondere Beziehung zu seinem Körper.“ Die Methadon-Behandlung nun wird nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen praktiziert (dort, wo sie überhaupt gestattet ist). 1. die/der Süchtige muß absolut clean sein, 2. Stabilität im sozialen und Beziehungsbereich muß erkennbar sein, 3. dem behandelnden Arzt muß sichtbar sein, daß sich der Körper wieder regeneriert hat und 4. dürfen keine Konflikte mit dem Gesetz vorliegen.

Daß die Ansichten über die Methadon-Behandlung in der BRD weit auseinanderklaffen, ist bekannt.

Neben der historischen Belastung dieses Mittels - es soll im sog. Dritten Reich angewendet worden sein - werden folgende Argumente gegen Methadon, das ursprünglich als Krebs-Schmerzmittel verwendet wurde, vorgebracht. So beeinträchtigt es die Libido. Astrid findet dafür keinen einzigen Hinweis. „Vielleicht“, meint sie, „reagieren männliche Fixer anders, aber ich weiß, daß Männer, die unbedingt von der Nadel weg wollten, sagten, es ist mir egal, wenn ‚das‘ nicht mehr funktioniert, Hauptsache, ich

funktioniere insgesamt noch. Und stellen Sie sich ein Fixer-Pärchen vor, die beide an der Nadel hängen und alles darum kreist, wie besorge ich den Stoff? Meinen Sie, da ist Zeit für große sexuelle Aktivität! Da ist die Libido zweitrangig - und nun, bei der Bekämpfung der Sucht kommt plötzlich die Libido ins Spiel!“ Der zweite Einwand bezieht sich auf die Abhängigkeit von Methadon, das jeden Tag genommen werden muß. Astrid sieht es so: „Es ist, als ob ich wie eine Zuckerkrankte Insulin zu mir nähme. Der Unterschied besteht nur darin: Der Zuckerkrankte kann für seine Krankheit nichts, meine eigene ist selbstverschuldet.“ Und sie macht noch einmal deutlich:

„Methadon ist kein Heroinersatz!“

Aber es ermöglicht dem Abhängigen den Weg in die Normalität und zu stabilen sozialen Beziehungen, die dem Kranken weiterhelfen - neben seiner Therapie. Auch wenn manche aus dem Methadon-Programm wieder aussteigen, so Astrid, hilft es doch einigen, ihre Probleme in den Griff zu kriegen, auch wenn sie das Mittel vielleicht ein Leben lang benötigen sollten. Astrid sieht sich heute in einem Zustand der gesicherten Stabilität, der ihr ein „normales“ Leben gewährleistet. Es sind Aktivitäten zurückgekehrt und andere hinzugekommen (etwa im künstlerischen Bereich), die ihr Erlebnisse von Schönheit und Erfüllung vermitteln. Sie fühlt sich mittlerweile viel sicherer und appelliert an Ärzte und Politiker, Methadon grundsätzlich und in allen Bundesländern zuzulassen. Es ist für sie das einzige Mittel, aus einem Teufelskreis herauszukommen.

Ingulf Radtke

Zweikinderküchebad-philosophie

Seit 1.1.91 löst das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) das in der Weimarer Republik verabschiedete Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG) und dessen Nachfolger, das Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) ab. Auf deutsch: Im Jahre 1990 ist es den Familienpolitikern gelungen, die Pädagogik der 20er Jahre abzulösen. Ab heute soll Partnerschaft Vorrang vor Ruhe, Ordnung und Disziplin haben. Deutlich bleibt die Unterstützung und Beratung der Familie als kleinste Zelle des Staates. Außer bei akuter Not zielen alle Hilfen auf Wiederherstellung der Zweikinderküchebadphilosophie.

Neu ist die Möglichkeit für Kinder und Jugendliche, sich ohne Wissen und Zustimmung der Eltern an das Jugendamt zu wenden und Beratung in Anspruch zu nehmen. Neu sind auch Rechtsansprüche zum Beispiel auf ambulante Hilfen wie Tagesmütter oder sozialpädagogische Familienhilfe. Keine Chance hatte der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, aus Kostengründen wurde er nicht aufgenommen.

Das neue Gesetz ist ein kleiner Fortschritt, mehr wäre nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig gewesen. Das Beste daraus zu machen, liegt nun in den Händen der SozialarbeiterInnen. Freiwillig werden die Kommunen die neuen Möglichkeiten nicht ausschöpfen. Kosten und Wohl des Kindes bleiben eben doch Konkurrenten. K.H. Schön

Es ändert sich nichts

Drogenhilfe ohne Hoffnung

„Vor drei Jahren haben wir schon einmal diskutiert, über dasselbe wie heute. Es ändert sich nichts“, beschreibt Peter Hülshorst und klagt, daß die Darmstädter Drogenhilfe nicht bei der Diskussion vertreten ist, die haben einen Vorstandsbeschuß, in der Öffentlichkeit nichts zur Methadon-Vergabe zu sagen.“

Die Grünen hatten eingeladen zu einer Diskussion über die „Pleite der Drogenhilfe – Sinn/Unsinn der Ersatz-Heroin-Vergabe“. Vorsichtshalber waren die Einladungen breit gestreut worden, denn die Befürchtung der Organisatoren traf ins Schwarze, die meisten waren zum Teil trotz Zusage nicht erschienen. Dennoch ermöglichte die Diskussion einen Einblick in die Probleme und Hilflosigkeit, mit der Helfer und Ärzte vor gesetzlichen Schranken und gesellschaftlicher Gleichgültigkeit stehen.

Auch Staatsanwalt Vogel, ein Diskussionssteilnehmer, teilt diese Ansicht: „Seit fünf Jahren und länger fasse ich mich mit Drogenkriminalität und muß sagen – ohne Land in Sicht. Ich warne aber vor der Methadon Freigabe für alle. Es ist ein Irrtum zu glauben, dann gäbe es keine Heroinabhängigen mehr.“

Betroffene halten engagiert dagegen: „Wenn es keine Substitution gäbe, wäre ich heute tot“, erklärt eine 34 jährige Frau. Und ein 22-jähriger fordert: Der behandelnde Arzt muß einen breiteren Spielraum haben“, denn auch er ist überzeugt: „ohne daß ich einen Arzt gefunden hätte, wäre auch ich heute tot“. Er greift die staatliche Behandlung der Probleme an: „Es gibt heute nur die Alternative Zwangstherapie oder Gefängnis“. Das kann er nicht in Einklang bringen mit seinem Vorsatz: „Ich will endlich eine lebensbejahende Einstellung haben“.

„Mit Methadon kann ich wieder arbeiten. Man fühlt sich ganz normal, aber ein Drogensersatz ist es nicht, denn die Lust auf den Schuß, die gibts nicht mehr“.

Die Vorsitzende der Aids-Hilfe, Inge Schwioger, bezeichnet die heutige Drogenpolitik als „repressiv“ und wirft der Stadt vor: „Wer substituiert ist, braucht nach seiner Entlassung als erstes ein Bett und ein Dach überm Kopf. Da nützt alles nichts, wenn die Stadt Darmstadt nicht hilft. Noch nicht einmal Empfehlungsschreiben für Vermieter sind zu erhalten. Es ist inhuman Menschen, die krank sind, auf der Parkbank sterben zu lassen“.

Die Angst, das eigene Kind könne süchtig werden, dürfte wohl alle Eltern betreffen. Eine Lehrerin formuliert das so: „Wir sind völlig rat- und hilflos, was man tun kann, um einer Sucht vorzubeugen. Wieso ist so ein großes Suchtpotential vorhanden?“ Dr. med. J. Raida versucht eine Erklärung: „Von Patienten höre ich auf die Frage, warum macht ihr solchen Unsinn? immer wieder die Antwort: Ich bin neugierig, und Hasch ist ungefährlich an jeder Ecke zu bekommen.“ Er sieht im Suchtverhalten eine „Form der Lebensbewältigung bei Werteverlusten. Wir müssen fordern, fallbezogene Wege zu beschreiten.“ Raida konstatiert aber auch klar: „Wir sind überfordert“.

„In Darmstadt gibt es kein Methadon-Programm und Abhängige von hier werden in Frankfurt nicht aufgenommen, das führt zur Verelendung“, beschreibt Peter Hülshorst und fordert: „In den Kommunen müssen Methadon-Programme eingerichtet werden“.

Traurige Aktualität: Zwei Darmstädter Drogenabhängige sind in der Woche vom 14. bis 19.1.91 in Frankfurt gestorben. (mg)

Einbrüche, Vergiftungen, Vandalismus?

Aus dem Darmstädter Gerichtsalltag: Räumungsklage war erfolglos

„Der Frieden des Hauses ist gestört durch den Streit unter den Mietern“, begründet die Eigentümerin eines Zweifamilienhauses in Darmstadt. Sie hat Räumungsklage gegen die etwa 40 Jahre alte Mieterin der Dachbodenwohnung angestrengt.

Auch die Mieterin will ausziehen - doch eine andere Wohnung zu finden ist derzeit fast unmöglich. Beim Bauverein hat sie sich als Suchende registrieren lassen.

Der Richter fragt die Parteien nach ihren Gründen, denn die Mieterin hat zum Schutz gegen die Räumungsklage Widerspruch eingelegt. Was denn das für ein Streit unter den Mietern sei, der den Frieden des Hauses so nachhaltig störe? Die

Vermieterin erzählt von Anzeigen der Mietparteien untereinander und von einer „verwahrlosten und verdreckten Wohnung“.

Die Mieterin weist die Vorwürfe weit von sich und klagt von „Einbrüchen, Sachbeschädigungen und Körperverletzungen“. Genauer möchte der Richter wissen: „Da wird fortwährend, laufend und immer in meine Wohnung eingebrochen“, erzählt die Mieterin, die Polizei habe sie auch schon da gehabt, „aber die finden nichts und jedesmal ist was beschädigt, die Sessel sind kaputt, die Vorhänge zerrissen...“

Rätselhaft sind die „Einbrüche“ allerdings, denn „da muß es einen geheimen Zugang von der Wohnung darunter zu meiner geben“, erklärt die Mieterin und auf die Körperverletzungen angesprochen, erzählt sie: „die tun mir ungeheuer häufig was in meine Milch und in die Säfte. Ich werde immer krank, wenn ich etwas trinke“. Was sie denn dagegen unternommen habe: „Ich habe Anzeigen gestellt.“ Der

Richter fragt nach den anderen Mietparteien. Da wohnen ein 78 Jahre alter Mann und ein Ehepaar, beide so um die 65 Jahre alt.

Dann belehrt der Richter die klagende Vermieterin: „Ich kann kein Urteil sprechen, die Beklagte ist nicht prozeßfähig. Wenn jemand nicht prozeßfähig ist, können Sie nicht klagen. Da müßte von Amts wegen ein prozeßfähiger Vertreter bestellt werden“. Das aber will sich die klagende Vermieterin ersparen.

Der Richter erklärt den Parteien, „es gibt keine Entscheidung, das Verfahren ruht“ und an die Vermieterin gewandt, „lassen Sie sich von einem Rechtsanwalt beraten“.

„Glauben Sie mir nicht?“ fragt die Mieterin und versichert, „das ist meine Wirklichkeit, das passiert wirklich so, ich bin zurechnungsfähig“.

Auf dem Flur vor dem Saal unterhalten sich beide Parteien ganz sachlich über die Unmöglichkeit, das Mietverhältnis aufzulösen, „denn es gibt keine freien Wohnungen“.

M. Grimm

Zweckentfremdung von Wohnraum strafbar

Forderungen nach politischen und juristischen Schritten, um der Wohnungsnot zu begegnen, werden immer lauter. Die Hessische Landesregierung, Milde Nachfolger Nassauer (CDU), hat noch kurz vor den Wahlen unter anderem Darmstadt und Griesheim mit in die Liste der Städte, in denen die Zweckentfremdungsverordnung gilt, einbezogen. Danach darf nur mit Genehmigung der Gemeinden „Wohnraum anderen als Wohnzwecken zugeführt werden“. Darunter fallen Wohnungen, die beispielsweise als Büro- oder als Lagerräume genutzt oder auch nur über einen längeren Zeitraum leer stehen. Der Abriss von Häusern kann ebenfalls mit Strafen belegt werden.

Mit der Wiedereinführung ist gleichzeitig auch die Höhe des Strafgeldes neu festgesetzt worden: Bis zu 50.000DM können einem Vermieter auch noch mehrfach auferlegt werden.

In der Stadtverwaltung ist über die behördliche Zuständigkeit noch nicht entschieden. Liegenschaftsamt oder Bauaufsicht könnten Anlaufstelle werden, auch fehlen noch Sachbearbeiter. Unbestätigt und nicht glaubhaft ist die Behauptung von Ruth Wagner (FDP): „Mit dieser Verordnung können auch in Darmstadt Büroflächen zu Lasten von Wohnraum enteignet werden“.

Verkauf städtischer Wohnungen

Trotz heftiger Kritik, die immer wieder geäußert worden ist, hat der Magistrat den Verkauf von 221 Wohnungen an ihre 100-Prozent-Tochter, den Bauverein, noch einmal bestätigt. Der erste Beschluß war von der CDU aus formalen Gründen angefochten worden - geändert hat sich nichts. In der Öffentlichkeit wird von SPD Politikern immer wieder erklärt, die Diskussion darüber sei unsinnig, da es sich beim Bauverein doch um eine stadteigene Gesellschaft handele. Stadtverordnetenvorsteher Eike Ebert (SPD) meint dazu: „Das bringt mich

auf die Palme“ und argumentiert inhaltlich: „Die SPD muß sich nicht verstecken. Wir haben Wohnungsbau in großem Stil betrieben, haben gegen Spekulation gearbeitet, indem wir den Bauverein Wohnungen ankaufen ließen, und der Verkauf der Wohnungen an den Bauverein spart uns eine zweifache Verwaltung. Der Verkauf soll der Bevölkerung dienen, wir nehmen das Geld lieber und bauen neue Wohnungen.“ Warum hat denn der Bauverein ein Belegungsrecht der Stadt als Kaufvertragsbestandteil abgelehnt, wenn es nur um den Abbau einer doppelten Verwaltung gehen soll? Immer wieder sind in der Öffentlichkeit Vorwürfe zu hören gegenüber dem Bauverein, es gehe bei der Wohnungsvergabe nicht mit rechten Dingen zu. Eine alte Frau soll (was bei der Stadt nicht möglich gewesen wäre) per Räumungsbefehl vor die Tür gesetzt worden sein.

Vielleicht wäre der Bauverein gut beraten, wenn er die Wartelisten der Wohnungssuchenden und die freien Wohnungen gleichermaßen vor der Öffentlichkeit aufdeckte.

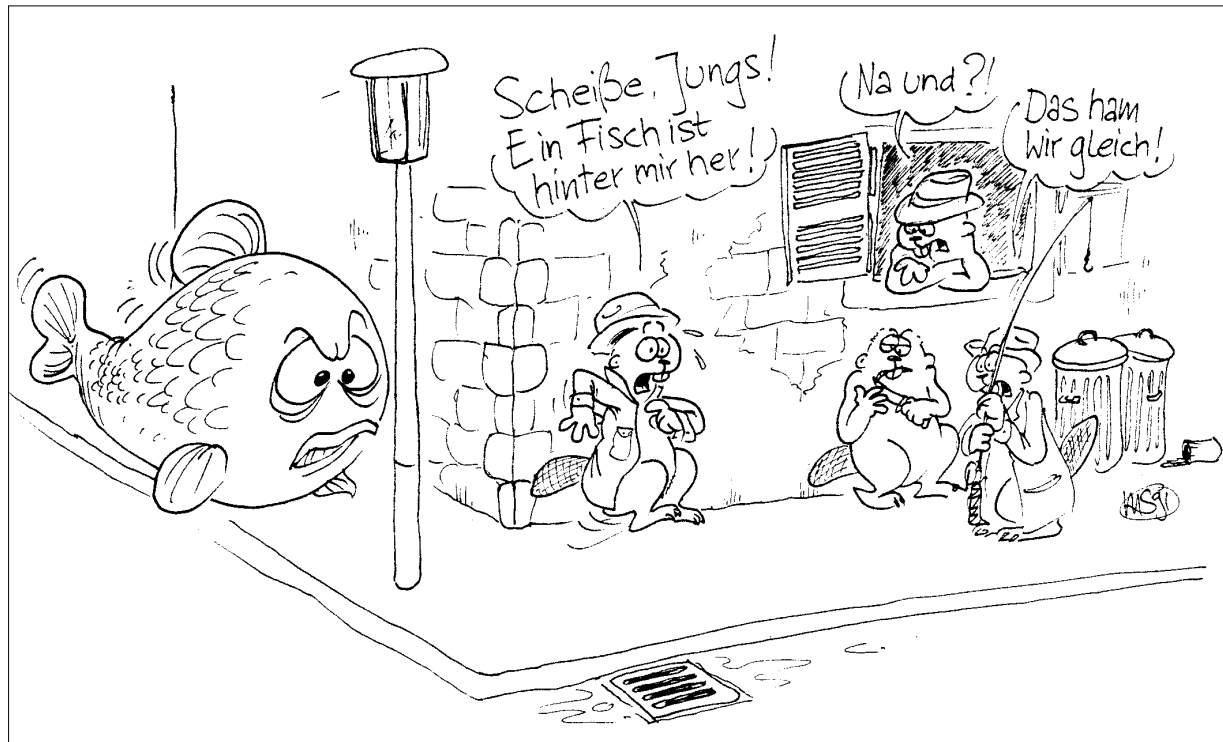
Warum macht die Staatsanwaltschaft nichts?

„In der Zeitungen stehen regelmäßig Angebote von Wohnungen, die, am Mietspiegel gemessen, eine Mietpreisüberhöhung darstellen“, erklärt eine Frau (die nicht genannt werden möchte) und sagt, „nach Paragraph 5 Wirtschaftsstrafgesetz stellen Mietpreisüberhöhungen einen Straftatbestand dar. Warum machen die Staatsanwälte nichts?“

In Berlin sollen inzwischen sämtliche Makler angeschrieben worden sein mit dem Hinweis auf die Strafbarkeit. „Wenn sie eine Wohnung zu überhöhten Preisen offerieren“, meint auch der Vorsitzende des Mietervereines, Herr Lauer, „machen sie sich strafbar. Das sollte man in Darmstadt auch tun“. Er sieht die Gefahr, wenn nicht rechtzeitig etwas dagegen unternommen wird, dann schlägt sich das auf alle Mietpreise nieder, wenn der nächste Mietspiegel erhoben wird“.

Die Staatsanwälte werden abgesehen von Kapitalverbrechen auf Anzeige hin tätig und politische Fehlplanungen können auch sie nicht lösen.

Sanne Borghia



Appell: „Leerstehende Wohnungen melden“

„Aktionsbündnis Wohnungsnot“ plant:

(mg.) Konsequenz setzt die Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) ihre Arbeit in dem „Aktionsbündnis Wohnungsnot“ fort. Nachdem die Wohnraum-Zweckentfremdungsverordnung wieder Gültigkeit besitzt, können Vermieter von der Gemeinde mit Strafgeldern belegt werden, wenn sie Wohnungen leerstehen lassen. Die Arbeitsgemeinschaft plant, mit einer Liste und Fotos von leerstehenden Häusern Mitte des Jahres an die Öffentlichkeit zu treten. Deshalb bittet die Arbeitsgemeinschaft alle DarmstädterInnen, ihnen bekannte, leerstehende Wohnungen zu melden.

Die Diskussion im Max-Rieger-Heim am Mittwoch (16.1.91) begann mit Vorwürfen seitens der SPD-Fraktion, die, durch Dr.

Harry Neß vertreten, beklagte, daß trotz der Anträge im Parlament zur Einrichtung einer Wohnungssicherungsstelle der Magistrat bislang nicht gehandelt habe. Denselben Vorwurf erhob auch Christine Wiemken (Die Grünen). Die Wohnungssicherungsstelle wird von den Parteien gefordert, damit eine Bündelung der verschiedenen Dezernats- und Verwaltungsdienststellen zum einen mehr Transparenz, zum zweiten Vorbeugung gegen Zwangsräumungen und zum dritten eine Entlastung des städtischen Haushaltes bringt. „Mehr als eine Million Mark“, so Dr. Neß, „kostet die Unterbringung von Obdachlosen die Stadt Darmstadt jedes Jahr in teuren Hotels“.

Die Frage nach der Verantwort-

lichkeit, wies Dr. Neß von sich: „Wir haben in der Legislative (Stadtparlament) alle Möglichkeiten ausgeschöpft“. Darum entspann sich eine kontroverse Diskussion: die SPD ist die stärkste Fraktion im Stadtparlament (Legislative) und gleichzeitig im Magistrat (Exekutive). Dr. Neß mußte sich deshalb die Frage gefallen lassen: „Es werden noch nicht einmal die geringsten sozialen Ansprüche erfüllt“, erklärt Gido Günther und fährt fort: „Ich weiß nicht, SPD steht ja wohl noch für ‚sozial‘?“ Er fordert, daß der Oberbürgermeister die Zuständigkeiten regeln soll, da die Verteilung der Aufgaben der einzelnen Dezernate - wie im Januar 1990 geschehen - vom Oberbürgermeister festgelegt werden kann. Eher resignierend zieht Günther

den Schluß: „Wenn alle großen Parteien im Magistrat stehen, tritt keiner dem anderen mehr auf die Füße“.

Auf Unverständnis stößt die Dezernatsaufteilung, da Bürgermeister Peter Benz (SPD) die Kosten für die Unterbringung über den Sozialetat aufzubringen hat, die Wohnungen selbst aber von dem Liegenschaftsdezernenten Dr. Wessely (CDU) verwaltet werden. Die Wohnungssicherungsstelle ist „ein Opfer der Querelen der Parteien“, meint Sozialarbeiter Jürgen Maier: „Warum nimmt sich die SPD nicht die Möglichkeit, die Wohnungssiche-

rungsstelle in dem Sozialdezernat einzurichten, denn dort kommen doch die Sozialfälle, denen geholfen werden muß, an?“

Nach Darstellung von Dr. Neß hat der Liegenschaftsdezernent Dr. Wessely lediglich eine Stellenausweitung, also mehr Arbeitsplätze, gefordert: „Das liegt alles im Nebel der Verwaltung“. Deshalb habe der Oberbürgermeister geantwortet: „Lediglich die Forderung von Planstellen sei zu wenig“.

Eine Entscheidung ist bis heute nicht gefallen, obwohl sich die Politik seit zwei Jahren mit der Planung einer Wohnungssicherungsstelle befaßt.

Obdachlosigkeit

In der Martinstraße 142 hat die Stadt ein Notquartier zusätzlich eingerichtet, in dem weitere 15 Betten stehen. Nach Auskunft der Diakonie sind diese zusätzlichen Plätze bislang nicht genutzt worden. Allerdings sei das lediglich deshalb, weil Stadtreicher, die hier ständig leben, keinen Zugang zu den Obdachlosenunterkünften haben. Für

die Stadtreicher fordert die PSAG ein gesondertes Heim für Unterbringung und die Zuweisung von Wohnungen.

Informationen über leerstehende Wohnungen können an die PSAG, Sturzstrasse 9, 61 Darmstadt, Telefon 661654 (von 10 bis 12 Uhr) oder an die ZD weitergegeben werden.

Neues „Internationales Frauenzentrum“

Unter dem Motto „Autonome Frauen unter einem Dach“ feierten die autonomen Frauengruppen Darmstadts am 12. Januar die Einweihung ihres neuen Frauenzentrums in der Fuhrmannstraße.

Schon lange hatten die Frauen des ehemaligen Zentrums in der Pallaswiesenstraße (20 Quadratmeter) nach größeren Räumen Ausschau gehalten. Als nun Ende Januar die Kündigung ins Haus stand (das Gebäude in der Pallaswiesenstraße soll abgerissen werden), nahmen sie dies zum Anlaß, sich mit dem Frauen-, Kultur- und Kommunikationszentrum und anderen autonomen Gruppen - insgesamt sind es 15 - zusammenschließen.

Vor einer Ton-Dia-Show („Stimmungsbilder der Frauenszene in Darmstadt“) bedankte sich Monika Jonas vom „Feministischen Arbeitskreis“ bei den türkischen und kurdischen Frauen (Kultur- und Kommunikationszentrum) für die Räume in der Fuhrmannstraße. Ziel der autonomen Frauen ist es, mit vereinten Kräften „eine Politik gegen die herrschende Meinung“ zu vertreten und so eine „Gegenöffentlichkeit“ darzustellen. Ihre Position beschreiben sie als „feministisch, radikal, anti-rassistisch und anti-sexistisch“.

Tatsächlich haben sich die Frauen einiges vorgenommen, und an Ideen scheint es nicht zu mangeln. Keineswegs allerdings werden sie ihre Ziele problemlos verwirklichen können. Die Mietkosten von 960 DM warm, (ein Antrag auf Mietzuschuß wurde bei der Stadt gestellt), müssen bis jetzt noch privat aufgebracht werden. Außerdem ist es schwierig, noch mehr Raum zu bekommen, ganz abgesehen von finanziellen Problemen. „Die 50 Quadratmeter in der Fuhrmannstraße reichen auf Dauer nicht aus.“

Auch wird die Euphorie in der Anfangsphase intensiverer Zusammenarbeit in der autonomen Frauenszene von einem seit Monaten schwelenden Konflikt um das Thema „Frauenhaus“ überschattet. Als die Arbeitsgemeinschaft Darmstädter Frauenverbände Ende August beim Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung Ende August einen Antrag auf finanzielle Unterstützung eines Frauenzentrums stellte, fühlten sich die autonomen Frauen



Frauen unter sich

(Dorothea Schütze)

hintergangen. Ihrer Meinung nach war das bereits bestehende Frauenzentrum, damals noch in der Pallaswiesenstraße, nicht in die Überlegungen mit einbezogen worden. Die Arbeitsgemeinschaft Darmstädter Frauenverbände ist ein Zusammenschluß 25 unabhängig existierender Frauengruppen, dem die Autonomen nicht angehören. Mitgliedsverbände sind Vertreterinnen der Parteien (CDU, SPD, FDP und Grüne), Deutscher Frauenring, Deutsches Rotes Kreuz, Evangelische Frauenhilfe, Landfrauenverband, Pro Familia, Katholischer Frauenbund und andere.

Unter dem Vorsitz von Irmgard Klaff-Isselmann hatte die Arbeitsgemeinschaft im Sommer letzten Jahres ihre Idee, ein Frauenzentrum zu eröffnen, konkretisiert. Dabei soll es sich um ein Zentrum handeln, an dem alle interessierten Frauen, einschließlich der autonomen Gruppen, beteiligt sind.

Unter dem Motto „Frauen unter einem Dach“ ist ein Kultur- und Kommunikationszentrum geplant, „zu dem jede Frau Zugang haben soll“ und „Bedürfnisse jeglicher Couleur Beachtung finden.“

Nach Meinung von Monika Jonas sind die politischen Zielsetzungen und Interessenschwerpunkte allerdings so unterschiedlich, daß autonome und die sogenannten „etablierten Frauen“ nicht unter einem Dach vereint werden können. „Wir wollen keinen Einheitsbrei. Die Parteien werden auch nicht alle in einen Topf geworfen.“

So treten die autonomen Frauengruppen für zwei getrennte Frauenzentren oder zumindest zwei Trägervereine in einem gemeinsamen Gebäude ein. (Trägervereine fungieren als Ansprechpartner für die Stadt und sind für die Verwaltung der Finanzen zuständig.)

In Gesprächen mit türkischen und kurdischen Frauen in der Fuhrmannstraße wurde deutlich, daß auch sie als Teil der autonomen Gruppen den Eindruck haben, Inhaltliches bei den Diskussionen um das Frauenzentrum sei zu kurz gekommen. „Viel mehr Gewicht wird auf das Formale gelegt.“ (Bei mehreren öffentlichen und internen Treffen war seit Mitte letzten Jahres das Thema Frauenzentrum erörtert worden.) Die spezifischen Probleme von

nicht-deutschen Frauen, z.B. Ausländergesetze, Rassismus, Wahlrecht, nähmen keinen angemessenen Platz ein. Bei dem geplanten Seminar „Rassismus in der Frauenbewegung“ könnte es „bei einem Ein-Topf-Frauenzentrum durchaus zu inhaltlichen Problemen kommen“, begründet Gülistan Kurt, eine der 12 türkischen und kurdischen Frauen, ihre Bedenken.

Dem setzt Irmgard Klaff-Isselmann von der Arbeitsgemeinschaft Darmstädter Frauenverbände entgegen: „Die Inhalte, die die einzelnen Gruppen vertreten, spielen gar keine Rolle. Alle sollen genügend Raum bekommen, um z.B. ihre Beratungsdienste anzubieten.“ Ihr würde es keine Probleme bereiten, sowohl Gegner als auch Befürworter der Abtreibung unter einem Dach zu vereinen. Es ginge hierbei nicht um Gleichmacherei, „Frauen sind unterschiedlich und sollen es auch bleiben“, fügte sie hinzu. Vielmehr sehe sie in den Bedenken der autonomen die permanente Angst, zu kurz zu kommen und nicht genügend beachtet zu werden.

Derzeit scheint es so, als seien die

Interessen von autonomen Frauen und der Arbeitsgemeinschaft schwer vereinbar und die Eröffnung des neuen „Internationalen Frauenhauses“ hat die Konfliktsituation nicht gerade entschärft. Frau Klaff-Isselmann äußerte ihre Unsicherheit darüber, ob die Autonomen nun überhaupt noch an der Arbeit an einem gemeinsamen Frauenhaus interessiert seien.

Die Schwierigkeiten zwischen autonomen und „etablierten Frauen“ (diese Bezeichnung stammt von den Autonomen) sind kein spezifisches Darmstädter Problem. Vielerorts sieht es ähnlich aus und in den wenigsten Fällen klappt die Zusammenarbeit, (z.B. laufen Veranstaltungen meist getrennt voneinander). Ganz abgesehen davon ist es aber auch nicht einfach, finanzielle Unterstützung für derartige Projekte zu bekommen, und sowohl die Autonomen als auch die Arbeitsgemeinschaft benötigen Raum und Geld, um effektive Frauenarbeit zu leisten. Am 7. Februar wird um 20 Uhr im Kennedy-Haus das nächste Treffen zum Thema Frauenzentrum stattfinden und noch sieht es so aus, als seien beide Parteien gesprächsbereit. In den nächsten Wochen und Monaten wird sich also zeigen, ob sich die Darmstädter Frauen gemeinsam auf ein Experiment einlassen oder dem Beispiel der meisten anderen Städte folgen und weiterhin getrennte Wege gehen.

Es sollen kulturelle und politische Impulse vom neuen Frauenzentrum ausgehen“, lautet die Zielsetzung für Veranstaltungen und Diskussionsrunden. Bisher als regelmäßige Treffen fest eingeplant sind das Frauen-Café, montags und donnerstags, 16-22 Uhr und jeden zweiten Sonntag im Monat das gemeinsame Frühstück. Freitags ab 20 Uhr trifft sich die „Offene Lesbengruppe“. Außerdem wird pro Jahr mindestens eine gemeinsame große Veranstaltung stattfinden. Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, werden sich die Frauen im Schloßkeller treffen, für den 9. März ist eine Veranstaltung mit Männern geplant. In Vorbereitung ist die Frauen-Kultur-Woche vom 18.-24.11.91, organisiert von Goldmarie und Feministischem Arbeitskreis. (Eine Broschüre mit Terminen wird es bald geben.)

Dorothea Schütze

„Die auf dem Friedhof leben noch“

Kalt und leblos ist die Kulisse - der Lebensraum der Lieselotte Birkau. Vom Schicksal geschlagen und benachteiligt aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung als Frau tippelt sie von Friedhof zu Friedhof, um sich auf ihrer Wanderung auszurufen. In der Stätte des Todes liegen die Wünsche und Hoffnungen dieser Frau jedoch nicht begraben. Sie hat Mut und Kraft noch nicht verloren, weiter für ihre Träume und Ziele zu kämpfen. Die am 3. Januar 1991 auf Einladung der Frauenbeauftragten Wilma Mohr im Mollerhaus versammelten Frauen zeigten ebenfalls, daß sie durchaus lebendig sind. In Gesprächen und einer Diskussionsrunde im Anschluß an das Theaterstück „Unterwegs nach Delphi“ wurde deutlich, daß die etwa 100 anwesenden Frauen auch im neuen Jahr wieder mit Engagement und Elan ihre Belange vertreten und durchsetzen wollen. Ann Dargies verkörperte in eindrucksvollem Spiel die am 15.5.1950 geborene Lieselotte Birkau, aufgewachsen als jüngste von 7 Kindern. Auf dem Hof der Eltern lebend geht sie regelmäßig in die Kirche und besucht die Dorfschule. Ab dem 14. Lebensjahr arbeitet sie in einer Reinigung und heiratet 1975 den Hausmeister eines Altersheimes, Wilhelm

Birkau. Sie beziehen die Dienstwohnung im Heim, Lieselotte arbeitet in der Küche. 1980 stirbt ihr Mann, sie muß die Hausmeisterwohnung räumen, ist erst arbeitslos bis sie 1984 von Pfarrer Radke als Haushälterin eingestellt wird. 1990 verliert sie diese Anstellung. Lieselotte ist wohnungslos und seither unterwegs - auf der Suche. Mit dem Ausspruch „da fragt keiner und da guckt auch keiner hin“ begründet sie ihre Wahl des Friedhofes als den Ort, an den sie sich auf ihrer Wanderung „Unterwegs nach Delphi“ zurückzieht: „Da riecht's so gut - und die vielen Bäume.“ Dort setzt sie sich mit ihrer Vergangenheit auseinander und beschreibt ihren ‚Lebensraum‘ auch so: „Kommt der Dreck zum Dreck.“ In Gedanken an die Zukunft hat sie aber „ihr Delphi“ vor Augen und ist fest entschlossen ans Ziel zu kommen, was oder wo immer dieses Delphi nun sein mag. „Ich bin auf'm Friedhof aber noch net tot, ich bin auf'm Weg zu meinem Delphi.“ In Lieselottes Umgang mit den Widersprüchlichkeiten des Lebens, Liebe und Haß, Verzweiflung und Hoffnung, Leben und Tod, zeigt sich, wie sie durch das Ausleben ihrer Trauer und ihres Argers wieder in der Lage

ist, Kraft zu schöpfen. Ihre Stimmung schwankt zwischen Schuldgefühlen, Verständnis für ihren verstorbenen Mann und die Ungerechtigkeiten des Lebens, Trauer und Wutausbrüchen. Aus einem Verharren in tiefer Trauer wacht sie auf, flucht, singt, lacht und tanzt. Sie sät Samen in die Erde der schlecht gepflegten Grabmäler. „So viel Land und nix drauf.“

Das Theater „Transit“, ein 3-Frauen-Team mit Ann Dargies als Akteurin und Gisela Eitel als Regisseurin unter Mitarbeit von Friederike Heynen, begreift sich als freies Theater unter eigenen Produktionsbedingungen. Das Stück „Unterwegs nach Delphi“ war im Frühjahr 1990 in Berlin entstanden. Seither pendelt das Team zwischen Darmstadt und Berlin, (daher der Name „Transit“), wird sich aber in Darmstadt niederlassen und bereitet ein neues Stück vor: „Blickwechsel“ - Geschichten aus der Perspektive von Vater und Kind. Regisseurin und Schauspielerin spielen am liebsten vor Laienpublikum, vor „Leuten, die nicht regelmäßig ins Theater gehen“ und ohne fachliche Bewertung in das ihnen vorgelegte Spiel einbezogen sind. „Es soll was rüberkommen“, beschreibt Gisela Eitel ihren Anspruch. In der an das Theaterstück anschließenden Diskussion soll das Gesehene und die eigene Wirklichkeit reflektiert werden. Auf die Frage, warum die Regie ausgerechnet einen Friedhof als Bühnenbild gewählt hat, antwortet Gisela Eitel, sie habe den Friedhof

als Platz für Frauen gewählt, die nicht seßhaft sind. „Es soll nicht das Schicksal einer Pennerin dargestellt werden, die in der Gosse lebt, sondern einer Frau, die noch kämpft.“

„Der Friedhof ist das Spiegelbild der Welt“, fügte Gisela Eitel hinzu, „und vermittelt eine Aussage darüber, wie die Gesellschaft mit Leben und Tod umgeht.“ Das Stück „Unterwegs nach Delphi“ schließt mit offenem Ende. Wie wird es weitergehen im Leben der Lieselotte B.? Die Frauen der Diskussionsrunde waren sich über das Schicksal Lieselottes nicht einig. Wird sie es schaffen? Weitgehende Übereinstimmung herrschte allerdings darüber, daß nur die Konfrontation und das Ausleben sowohl positiver als auch negativer Gefühle einer wirklichen Auseinandersetzung mit dem Leben diene. Nicht Resignation kann die Antwort auf menschliche und gesellschaftliche Probleme sein, sondern Zorn, der sich in produktive Kraft verwandelt und neue Ideen freisetzt. Am 30.1.91 im Schloßkeller

können Frauen und Männer selbst beurteilen, ob Lieselotte „ihr Delphi“ finden wird.

Dorothea Schütze



„Intelligente Autofahrer statt intelligente Straßen“

Dr. Ulrich Reuter, Stuttgart:

Kommunale Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas

Eindeutig mit ja beantwortet Dr. Ulrich Reuter die Frage, ob eine Kommune Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas vornehmen muß. Rechtliche Grundlagen sind nach Dr. Reuters Auffassung das Bundesmissionsschutzgesetz und das Baugesetzbuch. In seinem Vortrag an der TH Darmstadt legt der Mitarbeiter im Amt für Umweltschutz Stuttgart Möglichkeiten und Notwendigkeiten dar. Wärme und Wind sind die bedeutendsten Faktoren, die unsere Städte stinken oder atmen lassen. Beides ist durch die Art der Bebauung, die Massen an Schadstoffen und die (Un)Vernunft von Kommunalpolitikern zu beeinflussen. Dr. Reuter mißt der Überwärmung der Städte keine wesentlichen Nachteile bei, während er bei der Durchlüftung große Probleme sieht.

Erwärmung mit Vorteilen

Nächtliche Temperaturunterschiede von bis zu 10 Grad zwischen Kernstadt und Umland sind Regel. Dies rührt im wesentlichen aus den Wärmespeichern einer Stadt, den Gebäuden und Straßen. Sie speichern tagsüber die Sonnen- und Heizenergie und geben sie in der Nacht wieder ab. Durch großflächige Versiegelungen wird weniger Feuchtigkeit gespeichert, die in der Lage wäre, zur Abkühlung beizutragen. Insgesamt bewertet Dr. Reuter den „Wärmeineffekt“ der Städte als unbedenklich. Er erkennt sogar Vorteile, besonders durch Energieeinsparungen und weniger Verkehrsgefahren, Schnee und Eis schmelzen schneller. In verlängerten

Meßstationen hervor. Diese müssen über längere Zeiträume zuverlässige Daten liefern, die geeignet sind, kommunale Sparfanatiker und Umweltignoranten zum Handeln zu zwingen. Dem scheinbaren Widerspruch zwischen Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit erteilt der Referent eine klare Absage. Ungeachtet der Notwendigkeit der Förderung des Fahrrades, der Vermeidung großer Asphaltflächen, Dachbegrünungen und von Grünzügen im Stadtbereich hebt er Geschwindigkeitsbegrenzungen, Brennstoffvorschriften und Beachtung regionaler Windsysteme hervor. „Bei nur 8% der Gesamtfahrleistung erzeugt der Schwerlastverkehr 40% der Stickoxyde“. Die Eindämmung des Schwerlast -Verkehrs würde eine wesentliche Entlastung der Luft bedeuten. Gleichzeitig wage jedoch in der BRD keine Kommune, die Vorreiterrolle zu übernehmen.

Kat-Effekt überholt

Die Zunahme der Zulassungen hat die entlastenden Effekte des Kat längst zunichte gemacht. Bei der Geschwindigkeitsbegrenzung sind jedoch „enorme Effekte“ zu erzielen, so Dr. Reuter. In einem Stuttgarter Modellversuch wurde auf einer Hauptzufahrtsstraße für ein halbes Jahr die Geschwindigkeit auf 60 km/h begrenzt: Der Schadstoffausstoß verringerte sich mit 300 t/Jahr um ca. die Hälfte. Das entspricht ca. 33% des gesamten Hausbrandes der Stadt. Der interessanteste Nebeneffekt: Im Berufsverkehr konnte die Strecke schneller zurück-

Wohin mit dem Altpapier?

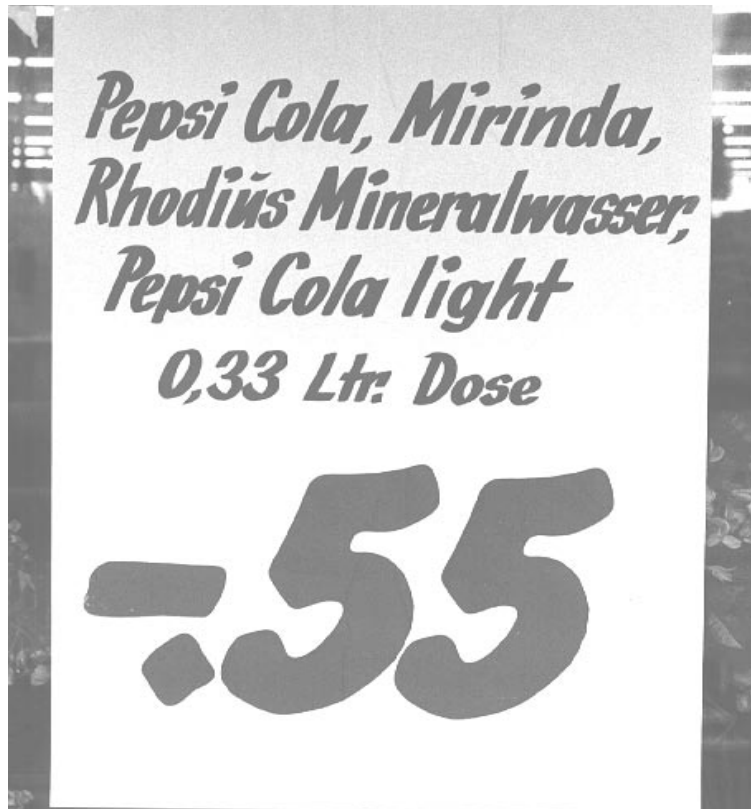
Es vor einigen Wochen stand an der Ecke Trierer Straße/Dornheimer Weg ein Altpapierbehälter. Er wurde so fleißig genutzt, daß regelmäßig die gleiche Menge neben ihm lag, die er enthielt. Dieser Zustand hielt oft tagelang an. Manches Papier trieb der Wind vor sich her, manches wurde von Kindern zweckentfremdet, bis endlich das Zeug abgeholt wurde. Der Container steht nun nicht mehr dort, die normalen Müllcontainer des Hauses Trierer Straße sind wieder voller - obgleich es am Eingang zum Wedekindweg einen weiteren Großbehälter gibt. Aber es sind 30 Meter mehr zu laufen, für manche ein zu langer Marsch im Dienste einer umweltbewußten Papiereentsorgung.

Beim Fuhr- und Reinigungsamt - es meldet sich ein Herr Rathgeber - stellen wir die Frage nach dem Verbleib des Behälters. Personalprobleme des Fuhramtes seien der Grund und das Stückchen Weg zum anderen Container sei zumutbar. Anschließend hören wir ein ausgewachsenes Referat über die Probleme kommunaler Altpapierentsorgung.

Seit Ende 1987 werden in Darmstadt Altpapier und Kartonagen getrennt gesammelt. Die Stadt ist bemüht, etwa alle 500 Meter Behälter aufzustellen, dane-

ben gibt es noch rund 120 Altpapierentonen auf privaten Grundstücken und ca. 200 weitere Sammelbehälter verschiedener Größen bei Gewerbebetrieben, dem Handel und in baulich schwierigen -weil engen- Wohnbereichen, etwa im Johannes- und im Martinsviertel oder in Alt-Bessungen, wo man aber Ersatzlösungen gefunden habe. Die Akzeptanz dieser Behälter durch die Bevölkerung wird als hervorragend angesehen, wie es die steigenden Sammelergebnisse beweisen sollen. Im Vergleich zu 1987 (3 820 Tonnen) hat sich das Aufkommen beinahe verdreifacht: Über 10 000 Tonnen Altpapier werden in diesem Jahr erwartet. Allerdings ist wegen dieses Riesenaufkommens an Altpapier ein erheblicher Preisverfall auf dem Markt für gemischtes Altpapier eingetreten. Manche Papierfabriken haben mittlerweile Probleme mit der Verarbeitung. Bei der Papierfabrik Philipp Heil & Söhne, die neben den Darmstädter Altpapiermengen auch noch Kontingente aus Groß-Gerau, Pfungstadt und Offenbach verarbeitet, gab uns Herr Blume diese Auskunft: Gegenwärtig fallen bei seiner Firma jährlich rund 25 000 Tonnen Altpapier aller Sorten an, von denen lediglich die nicht-„naßfesten“, also die in Wasser „auflösbaren“ Papiersorten (Zeitungen, Zeitschriften, Kartons usw.) recycle-

fähig sind. Alle anderen Papiersorten, die beim Verarbeitungsprozeß zurückbleiben (Tapeten, Butterbrotpapier, Hygienematerialien, Milchtüten etc.) erhält die Stadt wieder zurück. Diese sog. „Spuckstoffe“ werden gegenwärtig auf die Deponie in Lampertheim verbracht, wie uns Herr Rathgeber mitteilt. Diese Spuckstoffe (sie kommen preßgetrocknet aus der Papierfabrik zurück) eignen sich nicht zur Kompostierung, könnten aber - bis zu einem gewissem Feuchtigkeitsgrad - in der Müllverbrennungsanlage thermisch verwertet (sprich: verbrannt) und ab Sommer in der Bio-Kompostierung entsorgt werden. Das Fuhr- und Reinigungsamt hat Mühe, mit der vorhandenen Personal- und Fahrzeugkapazität die große Menge der Abfälle zu bewältigen, die gelegentlich (besonders nach Wochenenden und Feiertagen) „überlaufen“. Amtsleiter Wilfried Sondermann bittet deshalb die Bevölkerung für diese gelegentlichen Engpässe um Verständnis und ist für freundliche Hinweise auf überfüllte Behälter dankbar. Es wird auch darum gebeten, erst einmal zu schauen, ob in den Containern noch Platz vorhanden ist: Wenn nicht, bitte die Entsorgung abwarten und nicht „wild“ neben dem Container deponieren. (rai)



Die Ursache...

...die Wirkung! (Fotos: Peter Horn)

„Biergartenabenden“ sei auch eine Verbesserung des Freizeitangebotes zu sehen.

Problematisch sind nach Dr.Reuter die Brennstoffe, die eine globale Erwärmung bedeuten und die Behinderungen des Luftaustausches durch Bebauung. Besonders bei Inversionswetterlagen, dem sogenannten „Wintersmog“, sorgen Verkehr und besonders Festbrennstoffe für ein gesundheitsschädliches Gasgemisch. Ein Dia, aufgenommen vom Stuttgarter Fernsehturm, zeigt die Dunstglocke, die bei -8 Grad am Boden und +8 Grad auf der Aussichtsplattform kein Gas abziehen läßt. „Da möchte man gar nicht wieder hinuntergehen“, kommentiert der Referent. In einem Stadtgebiet wie Darmstadt überschreiten Meßwerte die Grenzwerte um ca. 25% an solchen Tagen. Wie dies kleinräumig, z.B. an einer vielbefahrenen Kreuzung aussieht, überläßt Reuter der Phantasie des einzelnen. Die Sorge um die Lufthygiene sieht er, trotz vieler einfacher Maßnahmen, von der kommunalen Bauplanung zu wenig beachtet. Als wesentliche Maßnahme hebt Reuter die Notwendigkeit kleinräumiger

gelegt werden als bei freier Fahrt.

Umweltschonende Brennstoffe

Neben der Umstellung öffentlicher Gebäude auf Gas und Fernwärme fordert Dr. Reuter, privaten Neubauten entsprechende umweltschonende Brennstoffe zur Auflage zu machen. Dies sollte insbesondere bei der Ausweisung neuer Baugebiete berücksichtigt werden.

Sind die Energieträger umgestellt, muß die Stadt ihren Einfluß auf den Luftaustausch konsequent geltend machen, das heißt keine baulichen Hindernisse in der Windrichtung und keine Bebauung von Hanglagen. Auf die Frage der ZD, ob sich die Notwendigkeit von Wohnungsbau und die Förderung der Lufthygiene gegenseitig ausschließen, antwortet Dr Reuter: „Wenn überhaupt solche Freiflächen bebaut werden dürfen, dann keinesfalls durch viele kleine Bauten, sondern wenige Blockbauten in Windrichtung und mit großen Abständen.“ (siehe auch „Eberstädter Fallwinde“) Etwa ein Kranichstein als Musterbeispiel? Karl Heinz Schön

„Eberstädter Fallwinde“ – Ein regionales Windsystem

Geplantes Baugebiet Wolfhartweg verhindert Frischluftzufuhr für Eberstadt

Seit Jahren schon versucht die IGENO (Interessengemeinschaft Nord-Ost) in Eberstadt ein Baugebiet inmitten der Streuobstwiesen zu verhindern. Durch die nächtlichen Temperaturunterschiede im nahen Odenwald im Vergleich zum Ortskern entsteht ein Kaltluftstrom, der ganz Eberstadt von den Schadstoffen eines Tages entlastet. Ein Klima-Gutachten rät von einer Bebauung der Freiflächen ab. Bernhard Froitzer von der IGENO war bereit zu einem Interview mit Karl-Heinz Schön.

ZD: Welche Bedeutung haben die Freiflächen im Nordosten Eberstadts, bekannt als Streuobstwiesen, für den Ort?

Froitzer: Die genannten Flächen ragen in Form eines Keiles bis dicht an den Ortskern heran. Die dort gebildeten bodennahen Winde sind zur Zeit noch

in der Lage, die Luft bis hin zur Umgehungsstraße zu reinigen.

Welche Nachteile sehen Sie durch eine Wohnbebauung?

Besonders die von der Autobahn und der Umgehungsstraße hochbelasteten Wohngebiete im Westen von Eberstadt würden zusätzlichen Belastungen ausgesetzt. Die Luftdrift würde bestenfalls noch den Ortskern erreichen.

Eberstadt ist doch als relativ unbelastet bekannt?

Nein. Messungen in Seeheim-Jugendheim, das durch A 5 und neue Bergstraße mit Eberstadt vergleichbar ist, haben ergeben, daß diese beiden Straßen mehr Schadstoffe produzieren als der gesamte Hausbrand der Gemeinde.

Wie begegnet die Stadt ihren Bedenken?

Es gibt keinerlei Reaktionen auf nachweisbare Schutzwürdigkeit. Ein von der Stadt beim Wetteramt Offenbach in Auftrag gegebenes Klimagutachten hat sich gegen eine Bebauung ausgesprochen. Nachweislich sind außerdem äußerst seltene Tier- und Pflanzenarten.

Wie reagieren Sie auf den Konflikt Wohnungsnot contra Umweltschutz?

Diese Frage zu beantworten ist Aufgabe der Politiker. Gerade in Eberstadt wird im Ortskern immer weiter verdichtet. Wenn gleichzeitig solche Freiflächen bebaut werden, können Schadstoffbelastungen gar nicht mehr reguliert werden.

Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Einführung in die Umweltwissenschaften

1987 wurde von StudentInnen der THD die Berücksichtigung von Umweltaspekten in technischen Disziplinen gefordert. Aus den Reihen des Treffs Angepaßte Technologie (TAT) initiierten die StudentInnen eine Vortragsreihe. Diese ist heute als fester Bestandteil in das Studienangebot integriert. Jeweils vier aufeinanderfolgende Vorträge befassen sich derzeit mit einem Oberthema aus dem Bereich des Umweltschutzes. In diesem Jahr handelt es sich um Fragen der Klimaveränderungen. Wir berichten darüber in dieser und der nächsten Ausgabe.

Ziel: Verfassungsschutz für Tiere

Hessens Tierschutzbeauftragter zieht Bilanz aus 1990

Wenn Ilja Weiss am 11. Januar 1991 einer kleinen Schar interessierter Journalisten im Wiesbadener Landtag vorrechnet, er habe in den letzten zwölf Monaten täglich, Sonntage eingeschlossen, über 14 Stunden gearbeitet, dann will man ihm das leicht glauben. Als erster staatlicher Tierschützer in der BRD überhaupt hat Ilja Weiss sich und sein Amt im ersten Jahr oft in öffentliches Gespräch gebracht.

■ Vorbildliches Tierschutzengagement in Hessen

Dabei hat es der Journalist Ilja Weiss sehr schnell gelernt, sich dem Bürokraten- und Beamtendeutsch anzupassen. Immer wieder betont er noch einmal ei-

ne gerade erst ausgesprochene These; obwohl er kein CDU-Anhänger ist, dankt er seinem neuen Arbeitgeber immer wieder mit Verweisen auf das nun vorbildliche Tierschutzengagement des Landes Hessen.

Doch bei allem Taktieren gibt es keinen Zweifel an seinem ernsthaften Einsatz für bessere Lebensbedingungen der vom Menschen ausgebeuteten und gequälten Mitgeschöpfe.

Zunächst ist es verwunderlich, wenn der Autor vieler radikaler Publikationen zur Abschaffung jeden Tierversuchs heute ein Papier zu „Möglichkeiten besserer Haltung von Versuchstieren - Empfehlungen aus ethologischer Sicht“ vorlegt. Doch wie er mir in einem Ge-

spräch in seinem Büro im Wiesbadener Sozialministerium im Juni 1990 sagte, ist sein Ziel nach wie vor eine tierversuchsfreie Forschung und Ausbildung. Als staatlich beauftragter Tierschützer muß er jetzt allerdings nach anderen Wegen suchen als früher. Denn die Ernennung eines leidenschaftlichen und überzeugten Tierschutzbeauftragten hat nicht automatisch eine ebensolche Politik zur Folge.

■ Unbeliebt beim Zoofachhandel

Im Gegenteil: Die Forderungen von Ilja Weiss nach Abschaffung der Tierversuche, artgerechter Haltung von „Nutztieren“ und Haustieren kollidieren deutlich mit wirtschaftlichen Interessen. So steht noch in den Sternen, ob der Posten eines hessischen Tierschutzbeauftragten gesetzlich verankert wird, wie beispielsweise der Datenschutzbeauftragte. „Der Verband des Zoofachhandels liebt Sie

nicht sonderlich, Herr Weiss“, hatte ein Journalist in der Pressekonferenz trefend festgestellt. Schließlich würde diesem ein gewaltiges Geschäft vermasselt, wenn sich die Forderung des Tierschutzbeauftragten durchsetzt, die Käfighaltung von Vögeln oder die Terrarienhaltung von Reptilien und Amphibien zu verbieten. „Das liegt in der Natur der Sache, nicht in meiner Person“, antwortete Weiss lachend.

Weiss macht deutlich, es sei nicht in erster Linie an ihm, die politische Durchführbarkeit von Forderungen des Tierschutzes zu prüfen. Er verstehe sich als Anwalt der Tiere und lasse sich nicht von Parteipolitik vereinnahmen, er ist parteipolitisch neutral.

■ Resultate

Doch er hat entscheidend dazu beigetragen, daß Forderungen des Tierschutzes politisch realisiert werden. Auf Grundlage des auf seinen Vorschlag zurückgehenden 20-Punkte Katalogs „Zum besseren Tierschutz in Hessen“ der Landesregierung (siehe ZD-Ausgabe 10), arbeitete er im vergangenen Jahr mit unbefristetem Vertrag für das Land Hessen und legte am 11. Januar eine erste Bilanz vor:

- Die Bildung eines Hessischen Tierschutzbeirates ist fast abgeschlossen, eine erste Sitzung mit 44 Organisationen und Instituten, geplant für Anfang Dezember 1990, mußte aus terminlichen Gründen verschoben werden. Über das Gremium des Tierschutzbeirates, das keine politische Beschlusskraft haben soll, will Weiss den Kontakt zur Basis der Tierschützer und den Interessenvertretern des Tierhandels und der Tiernutzung in Landwirtschaft und Forschung wahren. Der Beirat soll auch einen jährlichen Tierschutzpreis vergeben.
- Die ärztliche Approbationsordnung soll geändert werden. Einen entsprechenden Vorstoß will die Landesregierung im Bundesrat machen. Der Hessische Landtag hatte 1990 einen entsprechenden Antrag beschlossen. Ziel ist es, StudentInnen der Humanmedizin ein tierversuchsfreies Studium zu ermöglichen. Auch nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt vom 24. Oktober 1990 (siehe diese Seite) ist hier noch keine endgültige Klarheit – und vor allem nicht für andere Bundesländer – geschaffen.
- Nachdem Ilja Weiss am 20. Oktober

1990 die Empfehlung „Möglichkeiten besserer Haltung von Versuchstieren“ vorgelegt hat, will er seine Überlegungen nun in eine neue Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – bei dem auch die Zuständigkeit für Tierschutzfragen liegt – einbringen.

- Der Bundesrat hat einen Entschliessungsantrag der Hessischen Landesregierung zur Förderung von Ersatzmethoden für Tierversuche im vergangenen Jahr einstimmig angenommen (Bundesratsdrucksache 679/90). Er fordert die Bundesregierung auf, der „Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch“ (ZEBET) im Bundesgesundheitsamt (Berlin) unverzüglich die erforderlichen Sach- und Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

- Weiss hat eine Bundesratsinitiative zur Umstellung der Käfighaltung von Pelztieren auf artgerechtere Gehege ausgearbeitet, über die von der Landesregierung noch entschieden werden muß. Auch hier macht der Tierschutzbeauftragte einen Zwischenschritt auf dem Weg zum vollständigen Verbot der Pelztierzucht.

- Um artwidrig gehaltene Wildtiere nicht weiterhin einschläfern zu müssen, wird in Kürze eine Auffangstation für Bären im staatlichen Wildpark Limburg-Weilburg eingerichtet. Eine weitere Auffangstation für Großkatzen soll ebenfalls eingerichtet werden.

- Wettfischen und die Verwendung von Lebendködern beim Angeln sollen verboten werden. Über den Vorschlag, die Ausbildung und Prüfung von Jagdhunden an lebenden Enten zu verbieten, muß die Landesregierung noch entscheiden.

Für besonders wichtig hält Ilja Weiss die noch ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe über den grundsätzlichen Verfassungsrang des Tierschutzes.

Im ersten Jahr seiner Tätigkeit hat Ilja Weiss 138 Eingaben aus der Bevölkerung bearbeitet. In 24 Medien-Mitteilungen, 60 Hörfunk- und Fernsehsendungen, 166 Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sowie in unzähligen Interviews warb der erste staatlich beauftragte Tierschützer 1990 für die Anliegen der Tiere.

Timo Rieg



Unter den Schutz der Verfassung möchte Ilja Weiss, Hessens Tierschutzbeauftragter, alle Tiere gestellt sehen. (Foto H. Anthes)

Krebsmäuse & Riesenschweine

Vor der Patentierung von Lebewesen hat der Hessische Tierschutzbeauftragte Ilja Weiss gewarnt. „Es droht ein verheerender Rückfall in Zeiten, in denen Tiere rechtlich nur Sachen waren“, erklärt Weiss in Wiesbaden. Bestrebungen zur Patentierung „lebender Materie“ könnten die mühsam erreichte gesetzliche Anerkennung von Tieren als Lebewesen und Mitgeschöpfe wieder zunichte machen.

Nach Mitteilung von Weiss hat die technische Beschwerdekammer des europäischen Patentamtes in München entschieden, daß der von der Behörde im Juni 1989 abgelehnte Antrag zur Patentierung einer Mäuseart mit künstlich verändertem Erbgut neu behandelt werden müsse. Gleichzeitig berate die Europäische Gemeinschaft über den Entwurf einer Richtlinie, nach der außer gentechnisch manipulierten Tieren und Pflanzen auch Teile des menschlichen Organismus als „lebende Materie“ patentiert werden könnten.

Nach Einschätzung des Tierschutzbeauftragten besteht die Gefahr, daß die Zucht und Vermarktung degenerierter Tiere für Versuchszwecke zunehmen und eine Ausweitung von Tierexperimenten bewirken wird. Die Entwicklung „transgener“ Hochleistungskühe, „Superschafe“ und „Riesenschweine“ werde vorangetrieben; solche Tiere sollen durch artfremde Gene schneller wachsen, größer werden und mehr Milch, Wolle oder Fleisch liefern. Auch Hühner und Fische gehören bereits zu den Objekten gentechnischer Manipulationen. (red.)

Arzt werden ohne Tierversuch

Medizinstudentin gewinnt Prozeß gegen Frankfurter Universität

Weder das Gericht noch die beklagte Universität zweifeln an der Ernsthaftigkeit des Anliegens. Denn niemand gibt einer reinen PR-Aktion zuliebe sein Studium auf. Die Anerkennung einer Gewissensentscheidung war der Grund für die Klage von Birgit Völm, vertreten durch Rechtsanwalts Eisenhart von Loeper, Vorsitzender des Bundesverbands der Tierversuchgegner, gegen die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität.

Es standen sich wieder einmal Gewissensfreiheit und Freiheit der Lehre gegenüber. Das Frankfurter Verwaltungsgericht entschied, wie es Tierschützer seit Jahrzehnten erwünscht hatten: für die Tierversuchgegnerin.

Birgit Völm hatte sich 1987 im vierten Semester ihres Humanmedizinstudiums geweigert, im Rahmen des Physiologiepraktikums an eigens für die Versuche zuvor getöteten Fröschen zu experimentieren. Auch ein Angebot, nur Protokoll zu führen, schlug sie aus. Doch ohne Physiologieschein keine Fortsetzung des Studiums, vor allem: das Praktikum ist nach Approbationsordnung für die Zulassung zur ärztlichen Prüfung erforderlich.

In der Entscheidung des Verwaltungsgerichts heißt es: „Dies bedeutet, daß das Erfordernis der Erlangung des Physiologiepraktikumsscheines das Grundrecht der Klägerin auf freie Berufswahl aus Art. 12 Abs. 1 Satz 1 GG einschränkte. Diese Einschränkung des Grundrechts der Berufsfreiheit steht mit der Verfassung in Einklang, da sie auf einer den Anforderungen des ... GG genügenden gesetzlichen Grundlage ... beruht. Das Grundrecht aus Art. 12 ist jedoch nicht in der Weise eingeschränkt, daß ein Physiologiepraktikum zwingend Versuche am lebenden oder - wie bei der Beklagten - zuvor getöteten Tieren beinhalten muß... Obwohl die Entscheidung über die inhaltliche Ausgestaltung des Physiologiepraktikums bei dem jeweiligen Hochschullehrer ... liegt, bedarf es keiner Auseinandersetzung mit der Frage, ob dieser dabei Bestimmungen des Tierschutzgesetzes ... beachten muß. Denn zum einen geht es um die Verpflichtung der Hochschule zu einem bestimmten Lehrangebot und nicht um die Lehrverpflichtung eines Hochschullehrers. Zum anderen kann der Anforderung der Approbationsordnung für praktische Übungen auch in einem tierversuchsfreien Physiologiepraktikum ... genügt werden, wie z. B. die Anleitungen zu den physiologischen Übungen am Institut für Physiologie und Biokybernetik der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg zeigen.“

Art. 1 Abs. 1 Satz 2 GG bedeutet die

Verpflichtung aller staatlichen Gewalt und mithin auch der beklagten Universität, die Menschenwürde und damit auch die Gewissensentscheidung der Klägerin ... zu achten und zu schützen...

Das Gericht folgte, die Lehrfreiheit sei durch den Verzicht bzw. die Alternative tierversuchsfreier Praktika nicht eingeschränkt, denn die Lehrfreiheit garantiere nicht unbedingt die freie Wahl der Lehrmittel, sondern nur der Lehrmeinung. Die Monopolstellung der Universitäten in der ärztlichen Ausbildung sowie die Tatsache, daß bereits Universitäten auf Tierversuche in der Ausbildung verzichten, verpflichten die Goethe-Universität in Frankfurt nach Entscheid des Verwaltungsgerichts nun, ein tierversuchsfreies Physiologiepraktikum anzubieten. Art und Umfang des alternativen Unterrichtsangebots überläßt das Gericht der beklagten Universität. Gegen das vorgenannte Urteil hat die J.W.-Goethe-Universität mittlerweile Berufung eingelegt.

Ratsuchende StudentInnen können sich an die „Studentische Arbeitsgemeinschaft gegen Tierversuch im Studium (STATIS), Staudinger Weg 23, 6500 Mainz“ wenden.

Die ZD ist an Informationen zu Tierversuchen an der THD oder anderen Universitäten interessiert. Nach einer ersten Kontaktaufnahme hat die biologische Fakultät jeden weiteren Kontakt zur ZD abgebrochen. Timo Rieg



Hessischer Tierschutzbeirat vor Gründung

Der Gründung des Hessischen Tierschutzbeirats steht nichts mehr im Wege. Die Landesregierung habe 36 Organisationen und Institutionen zur Mitgliedschaft und Mitarbeit in dem Gremium eingeladen, berichtete der hessische Tierschutzbeauftragte Ilja Weiss.

Die Sachverständigen aus den Bereichen Tier-, Natur- und Umweltschutz, Wissenschaft Industrie, Landwirtschaft, Jagd, Fischerei, Handel, Gewerbe, Kirchen und Gewerkschaften sollen das Land bei der Umsetzung des vom Kabinett im Juni beschlossenen Tierschutzprogramms unterstützen.

13 der 36 Organisationen und Institutionen haben bereits Vertreter für das Gremium benannt. Die übrigen Vereinigungen und Einrichtungen seien gebeten worden, die Namen ihrer Delegierten mitzuteilen. Ziel ist, daß der Beirat seine Arbeit noch in diesem Jahr aufnehmen kann. (red.)

Behutsames Spiel um Liebes-List

„Karawanserail“, eine verzaubernde Premiere der „Neuen Bühne Darmstadt“

„Bazilikonmädchen, laß' mich deine Wange küssen“, ruft immer wieder der junge Bey (Rainer Poser) über die hohe Hecke seiner hübschen Nachbarin zu. Der Garten mit den weißblühenden und verführerisch duftenden Büschen, der hundertjährigen Oleanderhecke und den unverschämt roten Blüten des Granatapfelbaumes, ist er jetzt da oder nicht? Phantasie fordert die „Neue Bühne Darmstadt“, und sie kann sich entfalten, wuchern, aufblühen in einem Bühnenbild – ach was – einem Nomadenzelt mit Weihrauchdüften und fremdländisch klingender Musik – in der Besungener Knabenschule im Januar 1991. Arabische Märchen nacherzählt, neu gespielt, dramatisiert mit spärlichen Mitteln, aber umso größerer Wirkung.

Wer kennt nicht die Erzählungen aus „1001 Nacht“? Wer kennt nicht die Zauberwelt arabischer Bey's, Prinzessinnen, der Djins und der Kameltreiber? In dem „Karawanserail“ findet er sie wieder. Kinder lauschen gebannt und stumm zwei Stunden lang dem erzählerischen Spiel, einer Erinnerung für immer. Erwachsene sind begeistert: „Das haben sie doch ganz, ganz toll gemacht“, entfährte es spontan einer würdevollen Dame gegenüber dem unbekanntem Nachbarn. Eine Gruppe von SchauspielerInnen will ihre Vorstellungen von Schauspielkunst, vor die Öffentlichkeit bringen und die Phantasie kleiner und großer Gäste spielen lassen. Die Premiere ist ihnen glänzend gelungen. Schnell ist das Wechselspiel von ErzählerIn und AkteurIn verstanden. Pantomime und Charade, spärliche Kostüm-Wandlungen, Gang, Gestik und Musik verführen beim Aha-Effekt zu erstautem und zustimmendem Lachen, gleich ob sich das Bazilikonmädchen (Renate Renken) in einen schachspielenden Tuareg und schließlich, als krönende List der Frau, in dessen verschleierte Sklavin wandelt – um endlich ihren eigenen Mann erfolgreich zu verführen, oder ob Diener Behmed (Holger Bueb) mal Diener Ahmed ist (durch Wenden der Kopfbedeckung, anderes Lächeln, andere Stimme, anderer Gang) – keinen Moment wird die



Spannung gebrochen, die Handlung ist leicht verständlich, besser, sie lädt zum Schmunzeln, zum Lachen, zum Miterleben ein. Die Phantasie baut sich ihre eigene arabische Welt: Keine großen Bühnenbilder, nur Teppiche und Vorhänge, stellen das Zelt dar, in dem erzählt und gespielt wird, der Zuschauer ist selbst Nomade, Wanderer in einer orientalischen Märchenwelt. Das behutsam einführende Spiel um Liebes-List bereitet für den großen Zauber vor: Allem Kallem heißt das Spiel, das zu erlernen dem frechen Kamelhalter Mehmed (Holger Bueb) bei Todesstrafe vom Sultan (Rainer Poser) auferlegt ist. Der böse Djin (Anita Köhler) mit ungeheurer Kraft wird besiegt vom törichtem Tunichtgut – welch eine Moral in unserer Welt? Der faule Sohn mit immenser Macht sagt nur „Allem Kallem“ und schon fliegt ihm des Sultans Tochter (Renate Renken) zu als Paradies(?)-Vogel. Dem empörten Herrscher verehrt er einen goldenen Hirschen und verwandelt ihn zur Schlange mal, zum Festgewachsenen und letztlich zum Schwiegervater.

Klänge von ägyptischen und chinesischen Saiteninstrumenten, von afrikanischen Trommeln, von Glockenspiel und vielen anderen rahmen die Handlung ein, stützen die Erzählung und dramatisieren. Der Jazz-Musiker Mesut Ali hat sich die Begleitung selbst komponiert, sein „Orchester“ zusammengebaut. Das Zusammenspiel zwischen würfelnden Basarhändlern und Ali auf einem japanischen Stäbchen-Rüttel-Instrument ist präzise, gaukelt fehlende Wirklichkeit vor und entföhrt doch in fremdländische Ferne.

Beide Märchen hat die „Neue Bühne Darmstadt“ der Sammlung von Elsa Sophia von Kamphoener „An Nachtfeuern der Karawanserail – alttürkische Nomadenmärchen“ entnommen, die selbst als Mann verkleidet – so das Programmheft – unter Nomaden gelebt hatte.

Die Dramaturgie stammt von Andrea Friedrich und das Bühnenbild hat Christel Bauscher entworfen. Die Kostüme wurden von Serena Amrein ausgewählt. Gestützt worden ist das Projekt von Roland Dotzert, Ute Helbig, Willi Hamel, Klaus Wolbert, Eva Bilig-Soll, Zennure Atis und Frau Sanna. Die jungen Theaterleute suchen einen Mäzen, um auch künftig die Darmstädter Kulturszene zu beleben. Wir drücken Ihnen beide Daumen, daß sie einen finden, ebenso wie Räumlichkeiten. Engagement – wie es zu bewundern war – bringen sie selbst mit.

Michael Grimm

Interview

„Wenn das rosa Mainz singt und lacht...“

Randnotizen in einem Gespräch über ein Festival schwuler Kultur

Haben die Mainzer keinen Humor, wenn es 'mal nicht um die Fastnacht geht? Das könnte man angesichts einiger Reaktionen auf ein Kulturfestival fast annehmen. Drei Wochen im Januar gab es nicht nur sehenswerte Cabarett- und Chansonabende, sondern auch kritische Filme und Theaterstücke zu sehen – alles unter schwuler Thematik. Die Zeitung für Darmstadt sprach über das Festival mit Hans Laufer von der Mainzer AIDS-Hilfe, der die Reihe zusammen mit den Mainzer Kammer-spielen veranstaltete.

ZD: „Mayence Rosé“, ein Festival für schwule Kultur, ist das nicht für Mainz ein Novum, wenn nicht sogar für das ganze Rhein-Main-Gebiet?

Hans Laufer: Es gab in Frankfurt schon einzelne Veranstaltungen, wie Theater- oder Filmabende, aber sie waren nicht als eigenständige Reihe gedacht. Und in Mainz ist die Präsentation schwuler Kultur tatsächlich ein Novum.

Wie kam es zu einem solchen Festival, und wie konnte diese Idee verwirklicht werden, gerade in Mainz, einer „großen Kleinstadt“?

Dazu muß ich ein bißchen ausholen. Die Mainzer AIDS-Hilfe existiert im Mai sechs Jahre. Und die ganze Zeit haben wir uns mit der Betreuung und Beratung von HIV-Positiven und Erkrankten beschäftigt, das heißt nur mit dieser einen Seite – Ohnmacht, Trauer, Krankheit und Tod. Wir waren sehr fixiert darauf und sind erst später darauf gekommen, daß das nicht alles sein kann, daß es noch einen Gegenpol geben muß, um überhaupt leben zu können, um Lebensqualität zu verwirklichen, wie

Feiern, Feste, Freunde, Vergnügen, Unterhaltung.

Wenn ich das Programm betrachte, so fällt mir eine Ausgewogenheit auf, zwischen viel Unterhaltendem gibt und akuten Problemen.

Der Grundgedanke war einfach, die ganze Vielfalt zu repräsentieren, da steckt weder pädagogisches, noch politisches Interesse,

noch sonst etwas dahinter, sondern nur die Vielfalt schwuler Kultur, so ist es dann zu diesem ausgewogenen, vielfältigen Bild gekommen.

Die Zusammenarbeit mit den Mainzer Kammer-spielen, die ja ansonsten eigenständiger Veranstalter zeitgenössischer Kulturproduktionen sind, hat sich positiv gestaltet?

Herrlich! Als uns die Idee kam, haben wir dort 'mal angerufen. Man mußte gar nicht lange überlegen, und dann war das Festival auch schon machbar. Wir haben uns auch voll engagiert, haben auch neue Erfahrungen gemacht, üble Erfahrungen ...

...mit den Darstellern?

Nein, mit dem Umfeld, also etwa mit den Besuchern. Nur ein Beispiel: Weil sich das

Drucken der Plakate verzögerte, gab es zunächst nur Mundpropaganda. Eine Frau hatte zwei Karten für den Silvesterball gekauft, mit dem das Festival begann. Und als zwei Tage später die Plakate hingen, tauchte ihr Mann auf und wollte die Karten wieder zurückgeben: „Das sind ja Schwule!“

Die Plakate sind doch sehr auffällig in der Stadt. Ist das nicht provokant, gerade in Mainz?

Es sollte ja provokant sein. Deswegen haben wir Ralf König beauftragt, ein entsprechend auffälliges Plakat zu entwerfen. Wenn die Kammer-spiele sonst plakatieren, werden sie gelegentlich überklebt – aber sie werden nicht zerstört, wie unsere. Sie wurden abgerissen und zerfetzt, in größerem Umfang.

Dennoch ist der Zuspruch bei den Veranstaltungen sehr groß...

Das ist Wahnsinn! Wir waren bis jetzt jedes Mal ausverkauft, bis auf eine einzige Ausnahme, am ersten Abend. Und beim Silvesterball mußten wir die Nachzügler abweisen, weil der Saal voll war.

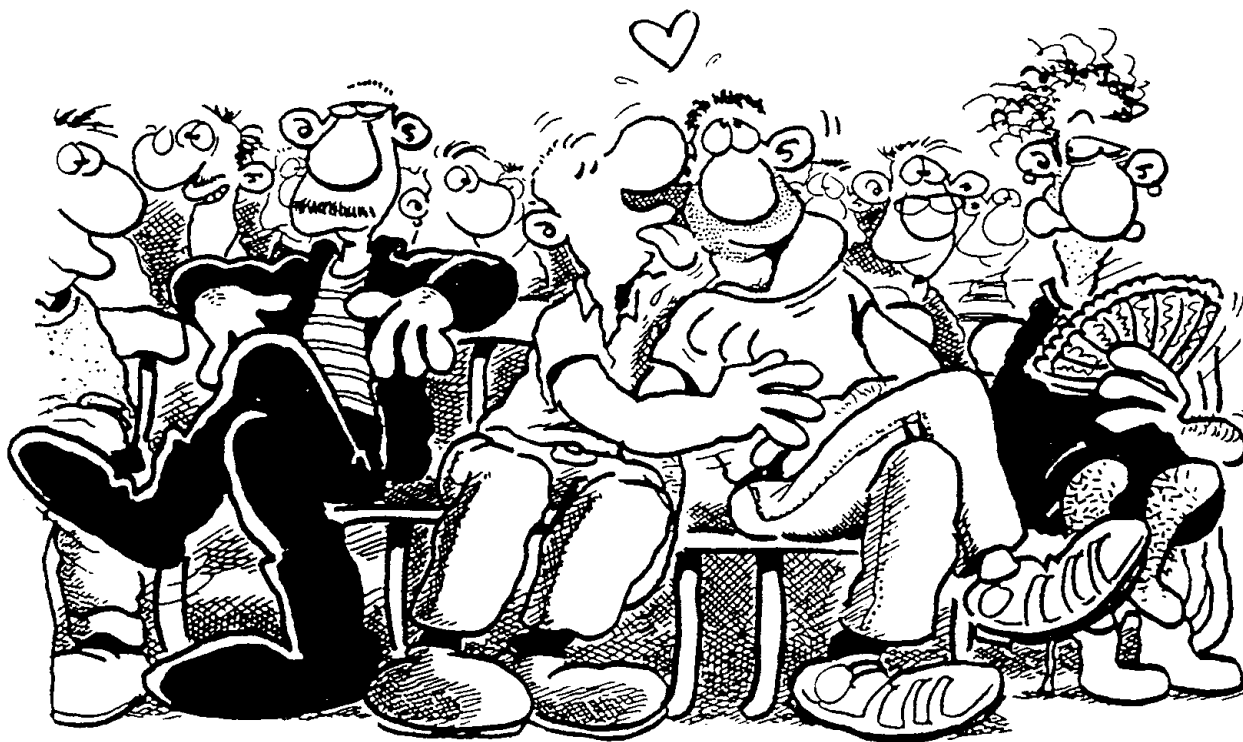
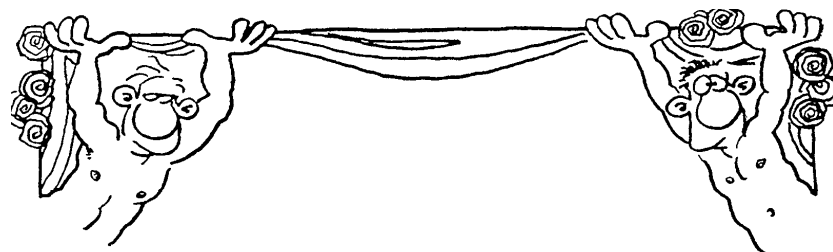
Der große Erfolg – bedeutet das, daß es nächstes Jahr wieder ein „Mayence Rosé“ geben wird?

Das sicher, wenn auch nicht mehr in einem solchen Umfang, denn der Aufwand war diesmal zu groß.

Vielleicht wäre die Reihe auch ein gutes Beispiel für andere Städte, ähnliches ins Leben zu rufen.

Herr Laufer, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Gerhard Kölsch



Dem Nachwuchs eine Chance!

Leonce-und-Lena-Preis-KandidatInnen werden vorgestellt

Seit 1979 veranstaltet die Stadt Darmstadt im Zweijahresrhythmus den „Literarischen März“, bei dem der „Leonce-und-Lena-Preis“ für neue, junge Lyrik vergeben wird. „Erfinder“ dieses Preises war der in Darmstadt ansässige Lyriker Wolfgang Weyrauch. Der Dichter Georg Büchner (1813-1837), dem wir das Lust-

torat – bestehend aus Hanne F. Juritz, Karl Krolow und Fritz Deppert – prüft, jede(r) für sich im stillen Kämmerlein, die Manuskripte. Bis zu 12 Gedichte darf jede(r) Autor(in) einreichen: 1038 LyrikerInnen haben sich beworben. Mit der Auswahl von bis zu 18 AutorInnen, die nach Darmstadt zum Lesen eingeladen werden, wird das Lektorat seine Aufgabe

Kein Wettlesen

Bürgermeister Benz teilte mit, daß sich diese Einrichtung trotz aller üblichen Kritik, von der Auswahl und Preisvergabe stets begleitet seien, bewährt habe. Deshalb will man den Vorstellungsmodus auch beibehalten, der nicht, wie anderswo praktiziert, ein „Wettlesen“ sei, nur ein Lesen eben: „Literatur muß ein-

sprachlichen Qualität und Originalität. In ihrem Tenor unterschieden sie sich kaum von den Arbeiten, die aus den alten Bundesländern eingereicht worden seien: Die Sprachbilder seien vergleichbar, das Liebesgedicht herrsche vor, die „Herz-Schmerz-Texte“, die idyllischen Naturschilderungen und auch Heile-Welt-Beschwörungen hätten nach wie vor Konjunktur. Nur ganz wenige Texte hätten den Anforderungen nicht entsprochen, und Karl Krolow ergänzte: Wie eigentlich immer, habe sich auch diesmal ein „bemerkenswert guter Durchschnitt“, ein „mittleres Feld“ gezeigt mit einer ausgebreiteten Themen-Palette. Die lyrische Sprechweise – wieder Deppert – gehe von „frech hingeschrie-

dere Gedichtform) hätten sich nur als lang und zügellos erwiesen, kaum in der Lage, eine innere Spannung durchzuhalten. Generell müsse aber darauf hingewiesen werden, daß die Stadt mit ihrem Preis den Lyrik-Nachwuchs ehre: ausgereifte und perfekte Gedichte verlange und erwarte man deshalb auch nicht – um so besser freilich, wenn solche unter den Einsendungen seien. Zur Statistik: 652 Lyriker und 386 Lyrikerinnen haben Gedichte zugeschickt – einer sandte einen mit Lyrik bedruckten Stuhl.

Die Eingeladenen

Einig zeigte sich das Lektorat aber im spannungsreichen Durchsehen der eingesandten



spiel „Leonce und Lena“ danken, hat mit Darmstadt und dem Lyrik-Preis in zweierlei Hinsicht zu tun: Nahe unserer Stadt, in Goddelau, ist Büchner geboren, und für sein Lustspiel, das 1836 in Straßburg entstanden ist, war er durch ein Preisausschreiben des Cotta-Verlages angeregt worden.

Das Lektorat und die Jury

Teilnahmeberechtigt ist jede(r) deutschsprachige Autor (in), die/der noch keinen der bekannten Literaturpreise erhalten und bisher höchstens einen Literaturband in einem größeren Verlag veröffentlicht hat. Eine Altersbegrenzung gibt es auch: Mit maximal 35 Jahren ist die Hürde von der Jugend zum (Mittel-)Alter gesetzt. Ein Lek-

torat haben. Dann – nach den Lesungen – hat eine Jury, zusammengesetzt aus den Literaten Walter Helmut Fritz, Rainer Malkowski und Harald Hartung, Bürgermeister Peter Benz und den Stadtverordneten Horst Knechtel und Johanne Pfeng das Wort. Sie entscheidet (am 23. März) über die Vergabe des Preises (Dotierung 12.000 DM) und der zwei Arbeitsstipendien (je 6.000 DM). Gute Tradition ist es, für die Preisverleihung einen Ehrengast einzuladen – aus dem Kreise der bereits Etablierten. Im März wird dies Peter Härtling sein. Eine Neuerung in diesem Jahr: Alle früheren Preisträger sind zu einer Lesung am 22. März ebenfalls eingeladen worden (unter ihnen Ludwig Fels, Rainer Malkowski, Ulla Hahn, Jan Korneffke).

fach gelesen werden, und es gibt zu dieser Präsentation auch eigentlich keine Alternative.“ So hatte man zum Beispiel beim letztjährigen Kranichsteiner Literaturpreis den „Kranich“ (der Preis) ohne Lesung vergeben. Die Kosten für die Gesamtveranstaltung bezifferte Benz auf rund 100.000 DM, ein neuerliches Indiz dafür, daß entgegen manch anderer Meinung die Stadt sich ihre Kultur etwas kosten lasse. Alle Gedichte der Eingeladenen werden in einer Publikation dokumentiert.

Liebesgedicht herrscht vor

Fritz Deppert teilte das Ergebnis der Sichtungen mit. Rund 130 Arbeiten kamen aus der ehemaligen DDR, drei AutorInnen seien ausgewählt worden wegen ihrer

ben“ bis „verschlüsselt“, alle üblichen tradierten Formen seien vertreten, es falle aber auf, daß der Reim, der allgemein wieder auf dem Vormarsch sei, keine deutliche Rolle gespielt habe. Mit Überraschung habe das Lektorat auch zur Kenntnis nehmen müssen, daß fast keine Auseinandersetzung mit den Ereignissen um den 9. November 1989 (in der alten DDR) zu registrieren war. Genau genommen habe es kein politisches Gedicht unter den Einsendungen gegeben, das zu überzeugen vermochte. Sofern Politisches angesprochen worden sei, habe die weinerlich-pathetische, plakative und Werbesprüchen nahe Tonlage dominiert. Sprachexperimentelle Versuche seien bekannteren Vorbildern entlehnt, und Langgedichte (eine beson-

der Texten. Jeder für sich und dann übereinstimmend habe man sich für 15 AutorInnen entschieden: Gerhard Bolaender (Frankfurt/Main), Gabriele Cenefels (Frankfurt/Main), Eva Corino (Bad Vilbel – mit 18 Jahren die jüngste), Dr. Ioana Craciun (Dossenheim), Bianca Döring (Kassel), Uta-Maria Heim (Stuttgart), Kerstin Hensel (Berlin), Barbara Köhler (Chemnitz), Gregor Kunz (Dresden), Anton G. Leitner (Weßling), Georg Milzner (Münster/Westf.), Markus Peters (Köln), Dirk von Petersdorff (Kiel), Thomas Schneider (Bremen) und Peer Schröder (Edermünde-Haldort). Sie werden am 22. und 23. März im Liebig-Haus lesen. Die Laudatio auf den Ehrengast Peter Härtling wird Elisabeth Pulver (Neue Zürcher Zeitung) vortragen.



Trommel frei für Theaterwäsche

„Creme frech“ mit ihrem ersten Stück in der Knabenschule

„Ein Alltag im Waschsalon in der Darmstädter Liebigstraße: Morgens werden die Waschautomaten von Inhaber Friedhelm (Matthias Völler, ein gelungener Pedant), und seinen beiden

Mitarbeiterinnen Elisabeth (Petra Beisel) und Rieke (Claudia Schlipf) liebevoll auf Vordermensch poliert. Gemeinsame Bodenmassage macht Laune.

Einen heißen Streit um den Waschgang liefern sich die zwei ersten Kunden: Das viereinhalbjährige Gewohnheitsrecht eines unflexiblen Angestellten gegen die real-existierende

Kochwäsche einer Tennissportlerin in der beanspruchten Maschine ist Gegenstand. Es geht um die Wäsche, der Konflikt wird zum Wettkampf und Friedhelm zum Schiedsrichter.

Traum-Wäsche

Wieder ein Paar: Schlichte Hausfrau (Birgit Nonn) und scheuer Theologiestudent (Markus Schmerbeck). Wenn sich die Trommel rührt, werden Träume wahr. Sie, die Unerfüllte, wächst über sich hinaus, legt plötzlich eine Gesangsnummer auf der Maschine hin, die ihn schließlich weigewaschen hat. Er spült mit, ein sauberes Duo. Abruptes Ende, Maschine stoppt, Klamotten rein - Traum fertig.

Trommel frei für ein ungleiches Paar. Am gleichen Ort wird eine Studentin von einem hartnäckigen BMW-Vertreter angemacht. Als es ihr zu bunt wird, weicht sie seine Geschäftsunterlagen bei 60 Grad ein und geht.

Weißer Riesen

Doch was geschieht des Nächstens? Fremdartige Waschprogramme geistern durch die Automaten. Erregte Schaltgeräusche gehen einem blecheren Rendezvous voraus. Miele und Zani schrabben ihre Seitenteile zärtlich aneinander. Zur Geisterstunde erscheinen zwei weiße Riesen. Eine weiße Weste aus Baumwolle und eine Hose aus Taiwan träumen von einem Schleudergang.

Die fünf Akteure der „Creme frech“ hatten ihre „Visionen aus der Waschmaschine“ vor rund eineinhalb Jahren bekommen. Die tolle Resonanz auf die Darmstädter Premiere im Dezember veranlaßte die Gruppe zu Wiederaufführungen im Januar. Die Initiative, eine eigene Amateurspielgruppe zu gründen, ging von Petra Beisel und Birgit Nonn aus.

Gegenseitige Regie

„Creme frech“ ist frisch und frei, ideenreich und macht keinen Bogen um hessische Mundart. Einen geschriebenen Text gibt es nicht, es wird improvisiert, das Stück befindet sich in ständigem Wandel. Einer einseitigen Regie ziehen die Akteure die gegenseitige vor, wobei Wert auf Bewegung gelegt wird. Allerdings, und das möchten sie betonen, wäre ihr Projekt ohne die Besucher Knabenschule nicht realisierbar gewesen. Probenräume und Aufführungsmöglichkeiten sind schwer zu bekommen, so daß die

Knabenschule für sie den Grundstein gelegt hat. Nachfolgeideen gibt es noch keine, aber bis zum Beginn des nächsten Winters will die Gruppe sich wieder was einfällen lassen. Viel Spaß dabei.

Joachim Hecker

